

214

Politikberatung kompakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2026

Zieleratzraten in der Alterssicherung

Johannes Geyer, Peter Haan, Konrad Krause, Renke Schmacker

IMPRESSUM

DIW Berlin, 2026

DIW Berlin
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58
10117 Berlin
Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
www.diw.de

ISBN 978-3-911978-05-7

ISSN 1614-6921

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
des DIW Berlin ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

DIW Berlin: Politikberatung kompakt 214

Johannes Geyer*

Peter Haan

Konrad Krause

Renke Schmacker

Zieleratzraten in der Alterssicherung

Gutachten für den Gesamtverband der Versicherungswirtschaft

Berlin, 27. Mai 2026

* DIW Berlin, Abteilung Staat. jgeyer@diw.de

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	1
1 Einleitung.....	3
2 Konzeptionelle Grundlagen und institutioneller Rahmen	4
2.1 Das Gesamtversorgungsniveau in Deutschland.....	4
2.2 Internationale Ansätze zur Definition von Alterssicherungszielen.....	6
3 Forschungsstand zu angemessenen Ersatzraten	11
3.1 Theoriebasierte Ansätze: Das Lebenszyklusmodell	11
3.2 Operationalisierung von Angemessenheit: Armutsvermeidung versus Lebensstandardsicherung	11
3.3 Studien für Deutschland	12
4 Eigene empirische Analyse	15
4.1 Methodischer Ansatz und Datenerhebung.....	15
4.2 Ergebnisse	20
4.3 Diskussion.....	31
5 Fazit und politische Implikationen	33
Literaturverzeichnis	35
Anhang.....	39

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1	Brutto- und Nettoersatzraten der verpflichtenden Rentensysteme in ausgewählten Ländern.....	7
Tabelle 2	Merkmale des Analysesamples.....	19
Tabelle 3	Zielersatzraten im britischen Rentensystem	39

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1	Auswahlsituation der Zielersatzrate	16
Abbildung 2	Verteilung der Zielersatzrate	21
Abbildung 3	Vergleich gewählter Zielersatzraten nach unterschiedlicher Befragungsmethode	21
Abbildung 4	Monatliche Mindestausgaben im Alter (links absolute Beträge, rechts als Einkommensersatzrate).....	23
Abbildung 5	Unterschiede in der präferierten Zielersatzrate.....	24
Abbildung 6	Multivariate Unterschiede in der präferierten Zielersatzrate.....	25
Abbildung 7	Determinante einer niedrigen Ersatzrate - Multivariate Analyse	26
Abbildung 8	Pflegerelevante Merkmale und Zielersatzrate	28
Abbildung 9	Wohnrelevante Merkmale und Zielersatzrate	29
Abbildung 10	Ich möchte mehr Verantwortung für die eigene Altersvorsorge übernehmen?.....	30
Abbildung 11	Wie wahrscheinlich wird die individuelle Zielersatzrate erreicht (nach Vorsorgeaktivität)	30
Abbildung 12	Zustimmungsabfrage	40
Abbildung 13	Screening-Seite Unausgefüllt.....	41
Abbildung 14	Ausgefüllte Screening-Seite	42
Abbildung 15	Generelle Frage.....	43
Abbildung 16	Hinweis Seite.....	43
Abbildung 17	Wohnkosten Abfrage	44
Abbildung 18	Abfrage der Mindestausgaben im Ruhestand	45
Abbildung 19	Ausgaben heute und im Ruhestand.....	45
Abbildung 20	Nachfrage für Randfälle	46
Abbildung 21	Fragen welche Faktoren berücksichtigt wurden	46
Abbildung 22	Fragen zur Pflege im Alter.....	47
Abbildung 23	Fragen zur Altersvorsorge.....	48
Abbildung 24	Seite für offenes Feedback	49

Executive Summary

Hintergrund und Fragestellung

Dieser Bericht, erstellt im Auftrag des Gesamtverbands der Versicherungswirtschaft, befasst sich mit einer zentralen, aber in Deutschland bislang unzureichend empirisch fundierten Frage der Rentenpolitik: Welche Einkommensersatzrate gilt aus Sicht der Bevölkerung als angemessener Ruhestandsstandard? Diese Frage gewinnt angesichts zweier paralleler Entwicklungen an Dringlichkeit: Einerseits hat Deutschland 2025/26 mit dem Rentenpaket I, dem Zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetz und dem Altersvorsorgereformgesetz einen umfassenden Reformzyklus eingeleitet. Andererseits soll die Rentenkommission bis Mitte 2026 eine neue Kenngröße für das Gesamtversorgungsniveau definieren - eine Aufgabe, für die empirische Evidenz über gesellschaftliche Versorgungserwartungen unerlässlich ist. Der vorliegende Bericht leistet dazu einen methodisch innovativen Beitrag. Statt abstrakt nach Prozentsätzen zu fragen, werden den Befragten konkrete Lebenszeit-Konsumpfade vorgelegt, die den Trade-off zwischen Konsumverzicht heute und Einkommen im Ruhestand explizit abbilden. Die Erhebung basiert auf einem repräsentativen Online-Panel mit 4 205 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter zwischen 40 und 67 Jahren. Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie Nichterwerbstätige wurden ausgeschlossen.

Kernergebnisse

Zielersatzrate: Die durchschnittliche präferierte Zielersatzrate liegt bei rund 78 Prozent des aktuellen Haushaltsnettoeinkommens, der Median bei 76 Prozent. Dieses Ergebnis ist robust gegenüber unterschiedlichen Zinssatzannahmen (1 Prozent bzw. 3 Prozent Realverzinsung) und stimmt weitgehend mit der direkt erfragten Zielgröße überein (Median: 75 Prozent).

Breite Streuung: Knapp ein Drittel der Befragten wählt eine Ersatzrate von weniger als 60 Prozent, eine ähnlich große Gruppe präferiert 100 Prozent oder mehr. Die Verteilung ist weit gespreizt - eine einheitliche Zielgröße bildet die gesellschaftlichen Wünsche nicht ab.

Mindestversorgung: Das angegebene Mindestversorgungsniveau liegt im Median bei rund 54 Prozent (Mittelwert: 58 Prozent) und damit rund 20 Prozentpunkte unterhalb des angestrebten Versorgungsniveaus. Zwischen bloßer Grundsicherung und gewünschtem Lebensstandard klafft eine erhebliche Lücke.

Einkommensabhängigkeit: Haushalte mit geringeren Einkommen präferieren höhere Zielersatzraten, ein Befund, der die internationale Praxis degressiver Zielvorgaben (Großbritannien,

Niederlande, Dänemark) empirisch stützt. Der Unterschied zwischen unterster und oberster Einkommensgruppe beträgt rund fünf Prozentpunkte.

Pflege und Wohnen als Risikotreiber: Subjektiv wahrgenommene Pflegerisiken sowie erwartete Wohnkostensteigerungen erhöhen die Zielersatzrate signifikant um zwei bis vier Prozentpunkte. Mieter*innen weisen durchgehend höhere Zielraten auf als Eigenheimbesitzende.

Vorsorgelücke und Pessimismus: Nur rund ein Drittel der Befragten mit privater und betrieblicher Vorsorge hält es für wahrscheinlich, ihre Zielersatzrate tatsächlich zu erreichen. Unter Personen ohne Zusatzvorsorge sind es noch weniger. Gleichzeitig wünschen sich zwei Drittel der Befragten mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge.

1 Einleitung

Deutschlands 2001 eingeschlagener Kurs in Richtung eines auf mehreren Säulen aufbauenden Alterssicherungssystems wurde bis heute nicht konsistent vollendet. Exemplarisch wird dies in §154 Abs.2 Nr. 5 SGB VI vorgeführt. Dort ist festgelegt, dass die Bundesregierung regelmäßig über „die Höhe des Gesamtversorgungsniveaus, das für typische Rentner einzelner Zugangsjahrgänge unter Berücksichtigung ergänzender Altersvorsorge in Form einer Rente aus einem geförderten Altersvorsorgevertrag sowie einer Rente aus der Anlage der Nettoeinkommenserhöhung aus den steuerfrei gestellten Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung und der steuerlichen Belastung“ informiert. Im Alterssicherungsbericht der Bundesregierung erfolgt diese Berechnung ohne Bezug zur tatsächlichen Vorsorgepraxis und auch die Annahmen zu den einzelnen Vorsorgeinstrumenten werden seit längerer Zeit kritisch diskutiert (vgl. z.B. Blank und Schäfer 2025; Sozialbeirat 2020, Rz. 28).

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aus dem Jahr 2025 sieht vor, dass das Rentenniveau bis 2031 bei 48 Prozent gesichert werden soll. Zudem wurde beschlossen, eine Rentenkommission einzusetzen, die „bis zur Mitte der Legislatur eine neue Kenngröße für ein Gesamtversorgungsniveau über alle drei Rentensäulen“ prüfen soll (CDU u. a. 2025, Rz. 593-595). Wohlwollend interpretiert gibt der Koalitionsvertrag der Rentenkommission einen weitreichenden Auftrag der Neugestaltung des Alterssicherungssystems, insbesondere in Bezug auf Ausgestaltung und Zusammenspiel der unterschiedlichen Säulen. Allerdings hat die Bundesregierung durch verschiedene Maßnahmen Fakten geschaffen–wie die mittelfristige Stabilisierung des Rentenniveaus oder die Einführung des Altersvorsorgedepots–, die dem Auftrag der Kommission vorgehen.

In diesem Bericht befassen wir uns mit der Zielgröße des Alterssicherungssystems. Genauer gesagt mit der Frage des Einkommensersatzes im Ruhestand. Dabei kann man sich dieser Größe zunächst theoretisch nähern und fragen, was Menschen eigentlich für eine angemessene Ersatzrate erachten und ob diese Größe nach soziodemografischen Merkmalen variiert. Dies sollte auch eine Orientierungsgröße für die politische Gestaltung der Alterssicherung sein.

Der Aufbau des Berichts bietet zunächst einen kurzen Überblick zum Stand des Gesamtversorgungsniveaus in Deutschland. Daran anschließend zeigen wir alternative Modelle auf.

2 Konzeptionelle Grundlagen und institutioneller Rahmen

Zunächst betrachten wir den Status Quo der Ausgestaltung der Altersvorsorge und den Sicherungszielen in Deutschland. In einem zweiten Abschnitt gehen wir auf Beispiele aus anderen Ländern ein.

2.1 Das Gesamtversorgungsniveau in Deutschland

Die Alterssicherung in Deutschland basiert auf einem Mehrsäulensystem. Allerdings ist die ergänzende Vorsorge freiwillig und die Absicherungshöhe, das Rentenniveau, in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) umstritten. Bis auf Weiteres wurde das Sicherungsniveau vor Steuern mit dem *Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten bis 2031* auf 48 Prozent festgelegt. Die Rente aus der GRV reicht im Regelfall nicht aus, um den Lebensstandard vor Renteneintritt ohne zusätzliches Einkommen aufrechtzuhalten. Bei niedrigen Renten und niedrigem Haushaltseinkommen gibt es den ergänzenden Grundrentenzuschlag innerhalb der GRV, der bei langen Versicherungszeiten ein höheres Sicherungsniveau ermöglicht (vgl. dazu Geyer u. a. 2020; Geyer und Haan 2024; Buslei u. a. 2025). Neben der Rentenversicherung existiert ein weites Feld unterschiedlicher Formen freiwilliger privater Absicherung. So gibt es aktuell etwa 15 Millionen Riester-Verträge, wobei der Bestand seit 2017 leicht gesunken ist und geschätzt wird, dass ein Fünftel, bis ein Viertel dieser Verträge ruhend gestellt wurde. Seit dem Start der Riester-Rente 2001/2002 wird dokumentiert, dass die Verbreitung nicht flächendeckend gelingt und die Inanspruchnahme selektiv ausfällt (Geyer 2012; Geyer u. a. 2021). Gleichzeitig existieren etwa 18 Millionen Anwartschaften auf Betriebsrente; etwa 50 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besitzen eine betriebliche Altersversicherung (bAV), wobei dieser Anteil in den letzten Jahren rückläufig war. Die Bundesregierung schätzt, dass knapp 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter zwischen 25 und 67 im Jahr 2023 weder über eine bAV noch über eine Vorsorge in Form der Riester-Rente verfügen. Der Anteil ist höher je niedriger das Bruttoerwerbseinkommen ausfällt (Bundesregierung 2024, S. 162ff). Dehnt man den Vorsorgebegriff deutlich aus und definiert auch andere Sparformen als Altersvorsorge wie etwa selbstgenutztes Wohneigentum, Sparguthaben oder ungeforderte Lebensversicherungen, sinkt der Anteil ohne zusätzliche Altersvorsorge auf 16 Prozent (Riedmann u. a. 2025, S. 67). Bisher ist es keiner Bundesregierung gelungen, an diesem Befund etwas grundsätzlich zu verändern. Die fragmentierte und teils ungenügende Lage der Altersvorsorge hat bisher nicht dazu geführt, dass Lücken im System systematisch

adressiert werden. Stattdessen wird in den regelmäßigen Publikationen der Bundesregierung ein sogenanntes Gesamtversorgungsniveau berechnet, das die eben kurz skizzierten Lücken der privaten Vorsorge ignoriert.

Das Gesamtversorgungsniveau in Deutschland ist eine theoretische Größe, die die Bundesregierung jährlich im Rentenversicherungsbericht und leicht modifiziert und differenzierter im Alterssicherungsbericht einmal pro Wahlperiode des Deutschen Bundestags berichtet (Bundesregierung 2025, 2024). Im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung wird das Niveau anhand der Standardrente berechnet. Dafür wird angenommen, dass die Personen zusätzlich 4 Prozent ihres Einkommens in Form der Riester-Rente sparen, deren Verzinsung langfristig bei 4 Prozent liegt. Zwar werden nur Zugangsrenten berichtet, allerdings wird angenommen, dass die Rente in der Auszahlungsphase entsprechend der Rentenanpassung angepasst wird. Die Verwaltungskosten werden mit 10 Prozent angesetzt. Um die Bedeutung dieser Annahmen zu illustrieren: für den Rentenzugang 2024 wird eine ergänzende Vorsorge von 148 Euro (brutto) berechnet, etwa 7,7 Prozent des Bruttoeinkommens. Das erscheint angesichts der geringen durchschnittlichen Auszahlungsbeträge hoch (vgl. dazu BMF 2026).

Die Berechnung des Gesamtversorgungsniveaus im Alterssicherungsbericht unterscheidet sich nochmal von der im Rentenversicherungsbericht. Hier wird neben der Rente aus der GRV und der Riester-Rente zudem angenommen die Einsparungen aus der Steuerfreistellung der Beiträge zur GRV fließen in eine weitere private Altersvorsorge. Dem gesetzlichen Auftrag dieses Niveau für „typische Rentner“ zu berechnen kommt die Bundesregierung insofern nach als unterschiedliche Biografien gebildet werden, die sich nach der Höhe des Einkommens während der Erwerbsphase, der Dauer der Erwerbsphase, dem Familienstand und der Elternschaft unterscheiden. Das berechnete Rentenniveau berücksichtigt dann auch Steuern. Das Nettogesamtversorgungsniveau fällt entsprechend hoch aus, so dass Durchschnittsverdiener bei kontinuierlicher Erwerbsbiografie hier immer über 70 Prozent liegen und langfristig sogar mehr als 80 Prozent erreichen.

An diesen Rechnungen zeigt sich keine realistische Bestandsaufnahme des Zustands der Altersvorsorge, deswegen ist auch der Erkenntnisgewinn gering. Nicht überraschend werden diese Rechnungen auch regelmäßig kritisiert, denn sie machen zu optimistische Annahmen hinsichtlich der privaten Vorsorge, berücksichtigen die Rentenlaufzeit und unterschiedliche Anpassungsregeln nicht hinreichend, abstrahieren vom Risiko der Erwerbsminderung und des Todes, die von der GRV auch versichert werden usw. (vgl. dazu ausführlich Schäfer 2015; Sozialbeirat 2020; Blank und Schäfer 2025).

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag nun den Auftrag einer Neufassung des Gesamtversorgungsniveaus an eine Rentenkommission vergeben (CDU u. a. 2025). Gleichzeitig wurden Reformen der betrieblichen und privaten Alterssicherung auf den Weg gebracht, die im Prinzip an der bestehenden Struktur festhalten.

2.2 Internationale Ansätze zur Definition von Alterssicherungszielen

Zielersatzraten spielen auch international eine wichtige Rolle. Allerdings werden diese selten explizit in Form von klar definierten Zielgrößen festgelegt. In vielen Ländern existieren allerdings Systeme, die im Zusammenspiel von Grundrenten und ergänzenden betrieblichen Systemen im Ergebnis zu einer einkommensgestaffelten Ersatzraten kommen. Hier sollen in aller Kürze Beispiele vorgestellt werden, die in diesen Punkten einen systematischen Ansatz verfolgen.

Österreich

Das Rentensystem Österreichs wird regelmäßig als Beispiel eines hohen Sicherungsniveaus über die umlagefinanzierte Rentenversicherung herangezogen und mit der deutschen Situation verglichen (vgl. u.a. Buslei u. a. 2023; Brandt und Freudenberg 2024). Rentenpolitisch setzt der österreichische Staat auf eine sehr dominante umlagefinanzierte erste Säule; die Bruttoausgaben der Alterssicherung belaufen sich aktuell auf knapp 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (AWG 2023). Damit kann Österreich im OECD-Vergleich sehr hohe Ersatzraten gewährleisten (vgl. Tabelle 1). Die OECD (2025) vergleicht die Ersatzraten anhand typisierter Erwerbsverläufe zwischen Ländern und Österreich kommt hier auf Bruttoersatzraten von Gering- und Durchschnittsverdienenden von über 70 Prozent; die entsprechenden Nettoersatzraten liegen sogar über 80 Prozent. Bei sehr hohem Verdienst (doppelter Durchschnitt) sinken die Raten auf gut 50 bzw. gut 60 Prozent.

Österreich formuliert keine explizite einkommensgestaffelte Zielersatzrate, sondern sieht im Prinzip vor, dass die Versicherten pro Jahr einen Leistungsanspruch von 1,78 Prozent ihres durchschnittlichen Einkommens erreichen, so dass sie nach 45 Jahren auf einen Einkommensersatz von 80 Prozent kommen. Eine Ausnahme sind Gutverdienende – ähnlich wie in Deutschland – die mehr als die Höchstbeitragsgrundlage (Bemessungsgrenze) verdienen. Einkommen darüber bleibt versicherungsfrei, was zu den niedrigeren Ersatzraten für Gutverdienende führt.

Eine Besonderheit in Österreich ist die häufig sozial gestaffelte Rentenanpassung. Das ist zwar keine fixierte Anpassungsregel, aber gelebte Praxis. So werden die Pensionen grundsätzlich

inflationsangepasst, aber niedrige Pensionen erhalten höhere Anpassungen. Neben dem Rentensystem gibt es noch die einkommensgeprüfte Ausgleichszulage, die in Abhängigkeit der Versicherungsdauer ein Basiseinkommen sichert.

Tabelle 1 **Brutto- und Nettoersatzraten der verpflichtenden Rentensysteme in ausgewählten Ländern**

Land	Halber Durchschnittsverdienst		Durchschnittsverdienst		Doppelter Durchschnittsverdienst	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Deutschland	46,3	57,7	42,1	53,3	30,2	38,8
Österreich	74,1	84,8	74,1	86,8	52,5	62,4
Großbritannien	65,6	76,2	44,7	54,2	29,9	39,5
Niederlande	86,6	97,2	74,7	96	68,8	89,7
Dänemark	115,2	116,7	72,7	77,1	53,6	63,6
Australien	71,3	82,7	40,8	53	26,4	38,1

Anmerkungen: Zur Berechnung der Bruttoersatzraten wird angenommen, dass die Person ab dem Alter 22 in das jeweilige Rentensystem einzahlt und immer dieselbe Einkommensposition einnimmt (halber Durchschnittsverdienst, Durchschnittsverdienst, doppelter Durchschnittsverdienst). Es wurde das jeweilige länderspezifische gesetzliche Renteneintrittsalter angenommen. Berücksichtigt werden alle verpflichtenden Teile des Rentensystems, also auch kapitalgedeckte betriebliche und private Altersvorsorge. Im Fall von Australien berechnet die OECD leicht niedrigere Ersatzraten für Frauen, in der Tabelle berücksichtigen wir nur den Wert für Männer.

Quelle: OECD (2025.)

Großbritannien

Das britische System kombiniert eine beitragsunabhängige staatliche Grundrente (New State Pension) mit einem quasi-obligatorischen System der betrieblichen Altersvorsorge, das 2012 eingeführte NEST-System automatischer Einschreibung mit Abwahlmöglichkeit (Geyer u. a. 2022). Freiwillige private Vorsorge bildet die dritte Säule.

Interessant ist das Beispiel Großbritannien deswegen, weil das System tatsächlich das Ziel einer einkommensgestaffelten Zielersatzrate verfolgt und auch regelmäßig prüft, ob diese Ziele von den Erwerbstätigen erreicht werden können. Im Jahr 2004 legte eine Rentenkommission eine entsprechende Zielgröße fest (Pensions Commission 2004). Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, dass die Höhe der Ersatzrate bei niedrigen Einkommen höher sein müsse als bei höheren Einkommen. Entsprechend legte sie als Orientierung fest, dass jemand mit Medianeinkommen rund 67 Prozent des Einkommens vor Renteneintritt benötigt, jemand mit halbem Durchschnittseinkommen rund 80 Prozent, und jemand mit dem Doppelten des Durchschnittseinkommens etwa 50 Prozent (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Die Zielersatzraten sind damit bewusst

degressiv, also höhere Ersatzraten bei niedrigen Einkommen, gestaltet: Bei niedrigen Einkommen ist der Anteil lebensnotwendiger Ausgaben am Gesamteinkommen höher (DWP 2025).¹

Niederlande

Das niederländische System gilt international als eines der leistungsfähigsten Mehrsäulensysteme. Die erste Säule ist eine beitragsfinanzierte universelle Grundrente (AOW) deren Höhe an den Mindestlohn gekoppelt ist. Die zweite Säule besteht aus kollektiven Betriebsrentensystemen, an denen rund 90 Prozent der Beschäftigten beteiligt sind - in der Regel aufgrund sektoraler Tarifverträge oder kollektiver Arbeitsvereinbarungen.² Die dritte Säule freiwilliger privater Altersvorsorge spielt eine ergänzende, aber insgesamt nachrangige Rolle. Das Ziel des Gesamtsystems lautet, dass ein Arbeitnehmer nach einer vollständigen Erwerbsbiografie aus erster und zweiter Säule zusammen 70 Prozent bis 80 Prozent des Einkommens vor Rentenzugang erhält (De Nederlandsche Bank N.V. 2024). Für einkommensschwache Haushalte ist die staatliche Grundrente der dominante Einkommensbestandteil im Alter. Für einkommensstarke Haushalte spielt dagegen die betriebliche Altersvorsorge der zweiten Säule eine deutlich größere Rolle. Das wird auch in den Berechnungen der OECD deutlich. Die insgesamt sehr hohen Ersatzraten in Tabelle 1 setzen sich für die jeweiligen Beispielhaushalte sehr unterschiedlich zusammen. Je höher das Einkommen, desto höher das Gewicht der betrieblichen Altersvorsorge (OECD 2025).

Dänemark

Das dänische System ähnelt dem niederländischen System. Es besteht aus drei Säulen: der steuerfinanzierten (einkommensgeprüften) universellen Grundrente, einem quasi-obligatorischen kapitalgedeckten Betriebsrentensystem als zweiter Säule sowie freiwilliger individueller Altersvorsorge. Die Betriebsrenten decken nahezu 90 Prozent der dänischen Erwerbstätigen ab. Eine explizite Zielersatzrate gibt es auch in Dänemark nicht, wohl aber ein dokumentiertes einkommensabhängiges Versorgungsmuster. Die Ersatzrate in Dänemark sinkt mit zunehmendem Einkommen, für Geringverdiener liegt sie nahe 100 Prozent, weil das Rentenniveau aus erster Säule in etwa dem Niveau der Sozialleistungen für Erwerbslose im Arbeitsleben entspricht (Andersen 2023). Dänemark gehört zu den Ländern mit den größten Unterschieden zwischen den

¹ Interessant ist zudem, dass das Department for Work & Pension inzwischen zwei Ersatzraten ermittelt, eine für Personen, die in selbstgenutztem Wohneigentum leben und Personen, die zur Miete wohnen. Wobei angenommen wird, dass bei Mieter*innen eine höhere Ersatzrate nötig ist, um den Lebensstandard zu halten.

² Die Betriebsrenten werden seit der Pensionsreform 2023 schrittweise von leistungsbezogenen (DB) auf beitragsbezogene (DC) Systeme umgestellt.

Bruttoersatzraten für Niedrig- und Durchschnitts- und Gutverdienern (vgl. auch die Unterschiede, die die OECD berechnet in Tabelle 1).

Australien

Das australische System unterscheidet sich konzeptionell von den europäischen Modellen. Die erste Säule ist die einkommens- und vermögensgeprüfte Age Pension, die ein Bedürftigkeitsprinzip verfolgt. Die zweite Säule ist das kapitalgedeckte Superannuation-System, bei dem Arbeitgeber verpflichtend 12 Prozent des Lohns in individuelle Sparkonten einzahlen. Als Zielgröße dient primär der ASFA (Association of Superannuation Funds of Australia) Retirement Standard³, der zwei Versorgungsniveaus unterscheidet: bescheiden (modest) und komfortabel (comfortable) und quartalsweise aktualisiert wird. Der ASFA Retirement Standard wird seit 20 Jahren als Planungsbenchmark für Verbraucher, Finanzberater und Superannuationsfonds veröffentlicht aber ohne gesetzliche Grundlage oder staatliche Beauftragung. Die australische Regierung hat einen differenzierten Blick auf die unterschiedlichen Voraussetzungen bei der Altersvorsorge. Das System der Age Pension zusammen mit anderen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen sichert den Lebensstandard von Geringverdienenden im Alter – hier ist Armutsvermeidung das entscheidende Kriterium. Menschen mit höherem Einkommen decken ihren Lebensstandard stärker mit dem Einkommen aus der kapitalgedeckten Superannuation. Hinzu kommt, dass selbstgenutztes Wohneigentum in Australien von großer Bedeutung im Alter ist (Australian Government 2020). Da die Age Pension für Geringverdiener die Grundversorgung deckt, ergibt sich auch hier implizit eine einkommensabhängige Staffelung – vgl dazu auch die großen Unterschiede in Tabelle 1.

Zwischenfazit

Der kurze Ländervergleich zeigt, dass die Ausgestaltung und Verbindlichkeit von Zielersatzraten eng mit der Säulenstruktur zusammenhängen. In Ländern, in denen die zweite Säule quasi-obligatorisch und weitgehend universell organisiert ist, wie in den Niederlanden, Dänemark und zunehmend Großbritannien, ist die Voraussetzung für eine einkommensgestaffelte Zielersatzrate deutlich günstiger als in Deutschland, wo die zweite und dritte Säule freiwillig sind und die Partizipationsraten mit dem Einkommen steigen. Ob die Zielersatzrate explizit formuliert oder implizit in die Institutionen eingebaut ist dann eigentlich zweitrangig. Wichtig scheint zu sein, dass der Lebensstandard im Alter und seine bestimmenden Faktoren im Kontext der

³ Retirement Standard - ASFA

Bestandteile der Alterssicherung regelmäßig überprüft werden. Dafür sind Rentensysteme, die stärker auf verpflichtenden Elementen aufbauen als Deutschland, besser geeignet.

3 Forschungsstand zu angemessenen Ersatzraten

Die Frage, welche Einkommensersatzrate im Ruhestand als angemessen gilt, wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur aus verschiedenen theoretischen und empirischen Perspektiven beantwortet. Die folgenden Abschnitte strukturieren den Forschungsstand entlang vier zentraler Dimensionen: dem theoretischen Fundament des Lebenszyklusmodells, der Frage der Operationalisierung von Angemessenheit, dem Konzept einkommensabhängiger Zieleratzraten sowie dem Stand der empirischen Forschung für Deutschland.

3.1 Theoriebasierte Ansätze: Das Lebenszyklusmodell

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung diskutiert die Erhaltung des Lebensstandards im Ruhestand traditionell auf Basis des klassischen Lebenszyklusmodells (Modigliani und Brumberg 1954; Ando und Modigliani 1963). In diesem Modell glätten die Haushalte ihren Konsum über den Lebenszyklus mit Hilfe von Ersparnissen und halten so ein bestimmtes Konsumniveau aufrecht. Das Modell impliziert, dass Haushalte während der Erwerbsphase ausreichend ansparen müssen, um den Konsum nach Renteneintritt nicht einschränken zu müssen.

Zahlreiche Studien haben die Lebenszyklushypothese anhand von Konsumdaten getestet. Eine Reihe von Untersuchungen gelangt zu dem Befund, dass der Konsum nach Renteneintritt stärker fällt als modelltheoretisch zu erwarten wäre, was als „Retirement Consumption Puzzle“ bekannt ist (Banks u. a. 1998; Bernheim u. a. 2001). Für Deutschland weisen mehrere Studien auf das gegenteilige Ergebnis hin: Beznoska und Steiner (2012) finden auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstudie (EVS) keine signifikante Konsumreduktion beim Renteneintritt; ähnliche Befunde liefern Velarde und Herrmann (2014) mit Daten zur Zeitverwendung sowie Lührmann (2010).

3.2 Operationalisierung von Angemessenheit: Armutsvermeidung versus Lebensstandardsicherung

Die Schwierigkeit bei der Definition einer Zieleratzrate liegt darin, einzuschätzen, ob und inwiefern die Ressourcen eines Individuums oder Haushaltes angemessen sind, um ein bestimmtes Konsumniveau im Ruhestand aufrechterhalten zu können (vgl. Belz 2022, Kap.2). Da längsschnittliche Konsumdaten in der Regel nicht verfügbar sind und der Ausgabenbedarf nicht objektiv definiert werden kann, lassen sich in der Literatur insbesondere zwei Ansätze zur empirischen Operationalisierung unterscheiden (Crawford und O’Dea 2012; Dudel u. a. 2020):

Erstens kann Angemessenheit anhand einer allgemeinen Armutsschwelle definiert werden. In diesem Fall gilt eine Rentenhöhe als ausreichend, wenn sie die Betroffenen vor Einkommensarmut bewahrt. Dieser Ansatz ist konzeptionell klar und international vergleichbar, lässt jedoch offen, ob der während des Erwerbslebens erreichte Lebensstandard fortgeführt werden kann.

Zweitens kann Angemessenheit relativ definiert werden: als Einkommensersatzrate, die eine akzeptable Abweichung vom Vorruhestands-Einkommen nicht überschreitet. Im deutschen Kontext erscheint dieser zweite Ansatz naheliegend, da das sozialpolitische Ziel der Lebensstandardsicherung weiterhin als Ergebnis des Mehrsäulensystems angestrebt wird und das Äquivalenzprinzip prägend für die gesetzliche Rentenversicherung bleibt. Wichtig ist dabei jedoch, dass ein relatives Maß im Einzelfall nicht sicherstellt, dass betroffene Personen nicht arm oder armutsgefährdet sind - selbst, wenn sie ihren Lebensstandard dem Niveau nach aufrechterhalten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Zielerersatzrate für ein einzelnes Jahr oder über die gesamte Rentenbezugszeit festgelegt wird. Verschiedene Beiträge weisen darauf hin, dass dieser Aspekt im Zuge der Bedeutungszunahme privater Vorsorge und des Übergangs zu Beitragsgarantien an Relevanz gewinnt (Fachinger und Künemund 2014; Schmähl 2010).

3.3 Studien für Deutschland

Für Deutschland existieren verschiedene Studien, die unterschiedliche Aspekte der Einkommensersatzrate berücksichtigen. Es existieren unterschiedliche Arten, die Ersatzraten zu berechnen. Die einfachste Form ist die Bruttoersatzrate (BRR), die die Bruttorente (r) im Jahr ins Verhältnis zum Bruttolohn (y) des Jahres vor dem Rentenzugang setzt:

$$BRR_t = \frac{r_t}{y_{t-1}}$$

Um die Berechnung aussagekräftiger zu machen, können diese Größen variiert werden. So könnte man beispielsweise statt des Erwerbseinkommens im Jahr vor dem Renteneintritt ein durchschnittliches Erwerbseinkommen über die Erwerbsbiografie zugrunde legen (vgl. Gasche und Kluth 2016). Die Bruttoersatzrate hat die Schwäche, dass sie unterschiedliche Abzüge durch Steuern und Abgaben nicht berücksichtigt. Typischerweise liegt die Nettoersatzrate (NRR) über der Bruttoersatzrate, da Rentenbeziehende weniger Sozialabgaben ($SozAb$) zahlen und in der Regel einem geringeren Einkommenssteuersatz (Est) unterliegen:

$$NRR_t = \frac{r_t(1 - \tau(Est_r, SozAb_r))}{y_{(t-1)}(1 - \tau(Est_y, SozAb_y))}$$

Im deutschen Sozialrecht existiert eine weitere Variante zur Messung der Ersatzrate, die Nettoersatzrate vor Steuern (NRRvEst). Begründet wird die Berechnung dieser Größe durch den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung, der dazu führt, dass die konkrete Einkommensteuerbelastung mit dem Jahr des Rentenzugangs und der Laufzeit der Rente variiert. Deswegen werden nur die Sozialabgaben, aber nicht die Steuer abgezogen. Das viel zitierte Rentenniveau - die Haltelinie von 48 Prozent - beschreibt eine derartige Größe. Hier wird allerdings eine Rente mit 45 Entgeltpunkten (ohne Abschläge) im Jahr t ins Verhältnis gesetzt zum Durchschnittseinkommen des Jahres t . Würde man unter vereinfachten Annahmen die Einkommensteuer zusätzlich berücksichtigen, läge die korrespondierende Nettoersatzrate bei etwa 57 Prozent, die korrespondierende Bruttoersatzrate etwa bei 45 Prozent.

Fachinger und Künemund (2009) diskutieren die methodischen Schwierigkeiten bei der Definition und Messung einer Ersatzquote und zeigen anhand von Registerdaten der Rentenversicherung, dass sich durchschnittliche Bruttoersatzraten stark unterscheiden können - je nachdem, welches Einkommen vor Renteneintritt zugrunde gelegt wird und welche Bevölkerungsgruppen betrachtet werden (vgl. auch Kluth und Gasche 2016).

Jäger (2007) und Börsch-Supan et al. (2016) untersuchen Rentenlücken jeweils anhand einer statistischen Fortschreibung von Vermögen und Einkommensanteilen bzw. auf Basis typisierter Biographien. Börsch-Supan et al. (2016) leiten die Rentenlücke aus der Niveausenkung in der GRV ab und ergänzen die Analyse durch empirische Schätzungen auf Basis der Datensätze SAVE und SHARE-RV.

Es existiert eine erhebliche Bandbreite in den angenommenen Schwellenwerten einer ausreichenden Ersatzrate: Der Vorsorgeatlas (Toussaint 2023; Union Investment 2021) legt eine Bruttoersatzrate von 60 Prozent als lebensstandardsichernd zugrunde. In einer direkten Befragung nach der nötigen Nettoersatzrate bezogen auf das Einkommen vor Renteneintritt lag der Median bei 75 Prozent (Arbeitnehmerkammer Bremen u. a. 2025). Werding und Läßle (2018) hingegen setzen in einer Studie für typisierte Berufsbiographien 85 Prozent des letzten Nettoeinkommens als Zielgröße an und gelangen im Ergebnis zu einer erheblichen Rentenlücke für nahezu alle Berufsgruppen. Diese Diskrepanz zeigt beispielhaft, wie stark Aussagen über adäquate Versorgungsniveaus von der Wahl der Zielerersatzrate abhängen.

Dudel et al. (2020) nutzen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 um unterschiedliche Ersatzraten auf Basis dieser Konsumdaten zu messen. Sie zeigen, dass beim Ziel der Armutsvermeidung Quoten zwischen 33 und 50 Prozent anzusetzen sind, wohingegen bei

Lebensstandardsicherung eher 88 bis 98 Prozent erreicht werden müssen - ein Befund, der die Problematik pauschaler 70-Prozent-Heuristiken deutlich macht. Dudel et al. (2016) und Schmied (2023) verfolgen darüber hinaus einen präferenzbasierten Ansatz, der Einkommenszufriedenheit nutzt, um die Angemessenheit des Einkommens nach Renteneintritt zu messen (vgl. auch Dudel und Schmied 2023). Binswanger und Schunk (2012) liefern schließlich eine weitere Herangehensweise die Zielersatzrate auf Basis erfragter Präferenzen zu messen. Hier wird direkt der trade-off zwischen Konsumverzicht heute und höherem Konsum im Alter erfragt und mit unterschiedlichen Annahmen zum Zinsniveau getestet. Dieser Ansatz wurde in der Studie für die USA und die Niederlande erfolgreich getestet und wird von uns mit aktuellen deutschen Daten neu aufgelegt. Im folgenden Kapitel beschreiben wir unser Vorgehen im Detail.

4 Eigene empirische Analyse

Ziel der empirischen Analyse ist es auf Basis von aktuellen Umfragedaten, eine Zielersatzrate für Deutschland zu erheben und diese für unterschiedliche sozioökonomische Gruppen auszuwerten. Zielgruppe der Befragung sind Personen im Alter zwischen 40 und 65, die noch keine Rente beziehen und keine Transferleistungen erhalten. Die gesamte Umfrage ist im Anhang zu finden.

4.1 Methodischer Ansatz und Datenerhebung

Im Fokus der Analyse steht eine Zielersatzrate, die berücksichtigt, dass die Sparentscheidung für das Alter einen gegenwärtigen Konsumverzicht bedeutet. Dabei folgen wir der Befragungsmethodik von Binswanger und Schunk (2012). Anstatt die Befragten abstrakt nach einer gewünschten Ersatzrate zu fragen, werden den Teilnehmenden der Umfrage konkrete Lebenszeit-Konsumpfade zur Wahl vorgelegt, die sie mit ihrem gegenwärtigen Einkommen vor Renteneintritt finanzieren können. Auf der zentralen Erhebungsseite der Umfrage sehen die Teilnehmenden vier Optionen, die jeweils angeben, wie hoch ihre monatlichen Ausgaben während der Erwerbsphase und während des Ruhestands ausfallen würden (Abbildung 1). Je höher die Ausgaben im Ruhestand sind, umso geringer fallen sie während der Erwerbsphase aus. Sie wählen die für sie präferierte Kombination aus. Dieses Vorgehen erlaubt es, Konsumpräferenzen direkt aus dem Wahlverhalten abzuleiten, ohne auf hypothetische Selbstauskünfte über prozentuale Zielgrößen angewiesen zu sein.

Die so ermittelte Ersatzrate knüpft konzeptionell an die Nettoersatzrate (NRR) an, stellt aber auf Konsumausgaben statt auf das verfügbare Einkommen ab. Damit wird explizit berücksichtigt, dass Altersvorsorge gegenwärtigen Konsumverzicht bedeutet und dass für den Lebensstandard nicht das verfügbare, sondern das tatsächlich für Konsum verwendete Einkommen maßgeblich ist.

Wenn die Teilnehmenden eine Auswahl an den Rändern des Entscheidungsraums getätigt haben (niedrigste oder höchste Option), erfolgt eine weitere Abfrage. Dabei wird den Teilnehmenden eine zusätzliche Option jenseits des ursprünglichen Spektrums angeboten. Die so ermittelten Ersatzraten liegen bei 50, 64, 76, 88, 100 oder 140 Prozent des aktuellen Nettoerwerbseinkommens.

Abbildung 1 **Auswahlsituation der Zielerersatzrate**

Im Folgenden zeigen wir Ihnen vier Optionen, wie Sie Ihr Geld über die Lebenszeit ausgeben könnten. Jede Option zeigt, wie Ihre Ausgaben vor dem Renteneintritt und während des Ruhestands aussehen könnten.


Hinweis: Die Beträge sind in Euro pro Monat angegeben und basieren auf Ihren vorherigen Angaben zum derzeitigen Einkommen.

Bitte beachten Sie **alle** Ihre Ausgaben, z. B. Miete, Lebensmittel, Gesundheit, Kleidung, Versicherungen, Mobilität usw. Sie müssen nicht zusätzlich an Steuern denken. Bitte gehen Sie davon aus, dass die Preise in Zukunft gleich bleiben.

Welche Kombination aus Ihren derzeitigen monatlichen Ausgaben und Ihren erwarteten monatlichen Ausgaben im Ruhestand würden Sie bevorzugen?

Option	Monatliche Ausgaben während Ihrer Erwerbsphase	Monatliche Ausgaben während Ihrer Rentenphase
1	2830 Euro	1810 Euro
2	2690 Euro	2040 Euro
3	2570 Euro	2260 Euro
4	2460 Euro	2460 Euro

Welche dieser Optionen bevorzugen Sie?

Weiter

Anmerkungen: Die Abbildung zeigt einen Screenshot der Auswahlsituation zwischen monatlichen Ausgaben heute und in der Rentenphase. Dargestellt ist die Entscheidungssituation für einen Haushalt mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3 000 bis 3 500 Euro. Die Optionen 1 bis 4 stellen Ersatzraten von 64 Prozent, 76 Prozent, 88 Prozent und 100 Prozent dar. Wenn die Teilnehmenden Option 1 oder 4 auswählen, erfolgt eine zusätzliche Abfrage, in welcher nochmal zwischen der gewählten Option und einer Ersatzrate von 50 Prozent bzw. 140 Prozent gewählt werden kann.

Die in der Befragung gezeigten Eurobeträge werden für jede befragte Person individuell berechnet. Grundlage hierfür sind die im Vorfeld erhobenen Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen. Aus diesen Angaben wird zunächst ein lebenszyklusbasiertes Einkommensmodell aufgestellt: Für den Zeitraum von 40 Jahren bis zum unterstellten Ende (Tod mit 85 Jahren) wird der Barwert des Lebenseinkommens berechnet, unter Verwendung von zwei alternativen Realzinsszenarien ($r = 1$ Prozent und $r = 3$ Prozent). Im Rentenalter (ab 67) werden vereinfachend Renteneinkünfte

in Höhe von 50 Prozent des aktuellen Einkommens (maximal 2 400 Euro pro Person) angesetzt.⁴ Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung werden in der Erwerbsphase und in der Ruhestandsphase hinzugerechnet.

Auf dieser Basis werden die monatlichen Konsumbeträge für alle Optionen so berechnet, dass die intertemporale Budgetrestriktion unter dem jeweiligen Verzinsungssatz eingehalten wird. Jede befragte Person sieht damit Beträge, die ihrem eigenen Einkommensniveau entsprechen – individuell können die erwarteten Ersatzraten natürlich abweichen, aber die Größenordnung des aktuellen Konsumniveaus orientiert sich am aktuellen Lebensstandard der Befragten.

Der zentrale Vorteil dieser Erhebungsmethode ist die Vermeidung finanzwirtschaftlicher Begriffe wie Ersatzrate, Verzinsung oder Sparquote. Es wird keine finanzielle Bildung vorausgesetzt, um die Frage zu beantworten. Die Teilnehmenden müssen lediglich angeben, welche der Ausgabenkombinationen (Konsum heute und Konsum im Ruhestand) sie bevorzugen würden. Die der Wahlaufgabe zugrundeliegende Lebenszyklusrechnung sowie die Ableitung der impliziten Ersatzrate erfolgen vollständig im Hintergrund. Der Befragungstext weist explizit darauf hin, dass alle gängigen Ausgabenkategorien (Miete, Lebensmittel, Gesundheit, Kleidung, Mobilität etc.) zu berücksichtigen sind und dass die Preise als konstant angenommen werden sollen.

⁴ Die Ausgabenprofile, aus denen Individuen wählen können, sind angelehnt an Binswanger und Schunk (2012). Der Barwert des Konsums während des Erwerbslebens $c_{w,i}$ und im Ruhestand $c_{r,i}$ der Person i ergibt sich aus:

$$PVY_i^{40} = \sum_{t=40}^{66} \left(\frac{1}{1+r}\right)^{t-40} \times 12 \times c_{w,i} + \sum_{t=67}^{85} \left(\frac{1}{1+r}\right)^{t-40} \times 12 \times c_{r,i}$$

Das bedeutet, dass der Konsum von Individuen ab dem Alter von 40 Jahren bis zu ihrem erwarteten Tod im Alter von 85 Jahren ihrem Barwert des Lebenseinkommens entspricht. PVY_i^{40} bezeichnet den hypothetischen Barwert des Lebenseinkommens für den Befragten i ab dem Alter von 40 Jahren. Dieser ergibt sich wie folgt:

$$PVY_i^{40} = \sum_{t=40}^{66} \left(\frac{1}{1+r}\right)^{t-40} \times Y_i + \sum_{t=67}^{85} \left(\frac{1}{1+r}\right)^{t-40} \times 0,5 \times Y_i$$

Y_i bezeichnet das aktuelle Haushaltsnettoeinkommen (nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) der jeweiligen Person, wie es in der Befragung angegeben wurde. Der Wert 0,5 approximiert die durchschnittliche Nettoersatzrate des deutschen gesetzlichen Rentensystems. Mit anderen Worten wird angenommen, dass Individuen ohne zusätzliche private Ersparnisse im Ruhestand etwa 50 Prozent ihres Nettoeinkommens vor Renteneintritt erhalten. Es ist zu beachten, dass es sich hierbei um eine vereinfachende Annahme handelt, da die tatsächliche Ersatzrate von den im gesamten Erwerbsleben erworbenen Rentenansprüchen abhängt. Für Personen mit hohem Einkommen wird die empirische Ersatzrate im Vergleich zu ihrem letzten Einkommen niedriger ausfallen (da Einkommensverläufe im Lebenszyklus in der Regel ansteigen und Beiträge oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze gedeckelt sind).

Ergänzend werden zwei weitere Maße erhoben:

1. Mindestausgabenniveau

Anders als die Frage nach der präferierten Zielersatzrate, zielt diese Frage nicht auf den gewünschten Lebensstandard, sondern auf das Mindestniveau, mit dem ein Haushalt leben könnte. Alle Teilnehmenden werden gefragt: „Mit welchen monatlichen Mindestausgaben würde Ihr Haushalt voraussichtlich während Ihrer Rente auskommen?“

2. Gewünschte Ersatzrate in Prozent

Am Ende des Fragebogens adaptieren wir die Frage nach der gewünschten Ersatzrate aus dem Sozialstaatsradar (Arbeitnehmerkammer Bremen u. a. 2025): „Wie viel Prozent von Ihrem Haushalts-Nettoeinkommen vor Renteneintritt möchten Sie im Ruhestand zur Verfügung haben? (Angabe in Prozent)“ Anders als die primäre Abfrage bildet diese Frage keinen direkten Zielkonflikt zwischen heutigem Konsum und Konsum im Ruhestand ab. Die Idee ist eher das aktuelle Konsumniveau als gegeben zu setzen und die erwünschte Ersatzrate im Alter zu erfragen. Wir fragen deshalb zusätzlich ab, ob die Befragten denken, dass sie die Ersatzrate erreichen werden.

Stichprobe

Die Stichprobe wurde über das Online-Panel des Marktforschungsunternehmens Bilendi gezogen. Befragt wurden 5 506 Personen im Alter von 40 bis 67 Jahren. Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung bereits im Ruhestand waren, wurden von der Teilnahme ausgeschlossen. Um eine möglichst repräsentative Stichprobe zu erhalten, erfolgte die Rekrutierung anhand von Quoten für Geschlecht, Altersgruppe (zwei Gruppen), Haushaltsnettoeinkommen (drei Gruppen) sowie Bildungsabschluss (zwei Gruppen). Für die vorliegende Analyse werden zwei weitere Ausschlussregeln angewendet. Erstens werden Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen aus der Analyse ausgeschlossen – konkret Singles mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro sowie Paarhaushalte mit einem Einkommen unter 1.500 Euro. Bei diesen Gruppen ist davon auszugehen, dass das verfügbare Einkommen maßgeblich durch Transferleistungen ergänzt wird, was die Interpretation individuell präferierter Zielersatzraten erheblich erschwert. Zweitens werden Teilnehmende ausgeschlossen, die einen eingebetteten Aufmerksamkeitstest nicht bestanden haben oder die Befragung in einer unrealistisch kurzen Zeit abgeschlossen haben, da bei diesen Personen von einer unzureichenden Auseinandersetzung mit den Fragebogeninhalten auszugehen ist. Die Befragung wurde mit der experimentellen Online-Befragungssoftware oTree durchgeführt (Chen u. a. 2016).

Tabelle 2 Merkmale des Analysesamples

Variable	Beobachtungen	Mittelwert
Alter (Jahre)	4.205	52,3
Altersgruppe (40-52)	2.134	50,7%
Altersgruppe (53-67)	2.071	49,3%
monatliches Nettoarbeitseinkommen	4.205	2.267
Einkommen <= 2.000 (EUR/Monat)	2.160	51,4%
2.000 < Einkommen <= 3.000 (EUR/Monat)	1.316	31,3%
Einkommen > 3.000 (EUR/Monat)	729	17,3%
monatliches Haushaltsnettoeinkommen	4.205	3.415
Weiblich	2.304	54,8%
Männlich	1.897	45,1%
Hohe Bildung (ISCED 2011 5 – 8)	1.282	30,5%
Niedrige Bildung (ISCED 2011 0 – 4)	2.923	69,5%
Anteil ledig (kein Partner)	1.528	36,3%
Anteil mit Kind(ern)	2.666	63,4%
Anzahl Kinder (nur Eltern)		1,8
Anteil Mieter*innen	2.311	55,0%
Wohnkosten Mieter*innen		914
Anteil Eigenheim	1.843	43,8%
Wohnkosten Eigenheim		819,72
Anteil ohne zusätzliche Altersvorsorge	1.170	27,8%
Anteil mit betriebliche Altersvorsorge (bAV)	2.160	51,4%
Höhe bAV (EUR/Monat)		133
Anteil mit privater Altersvorsorge	2.254	53,6%
Höhe private Vorsorge (EUR/Monat)		282

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis von Bilendi

Für die Auswertung schließen wir weitere Gruppen aus: Selbständige, Nichterwerbstätige und Beamt*innen. Für Beamt*innen und (die meisten) Selbständige gelten andere Regeln hinsichtlich der Altersvorsorge, bei Nichterwerbstätigen ist die Einkommensersatzrate nicht so klar abzuleiten. In der Summe bleiben 4 205 Beobachtungen für die Analyse (Tabelle 2). Im Durchschnitt sind die Personen gut 52 Jahre alt, etwa die Hälfte ist jünger als 53. Das monatliche Nettoerwerbseinkommen liegt bei 2 267 Euro pro Monat. Nur etwa 17 Prozent verdienen mehr als 3 000 Euro netto pro Monat. Das Haushaltseinkommen liegt im Durchschnitt bei 3 415 Euro. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist weiblich. Etwa 30 Prozent der Analytestichprobe haben einen Hochschulabschluss, 70 Prozent haben einen niedrigeren Bildungsabschluss. Knapp zwei Drittel leben in einer Partnerschaft und ein ähnlich hoher Anteil gibt an, dass er Kinder hat.

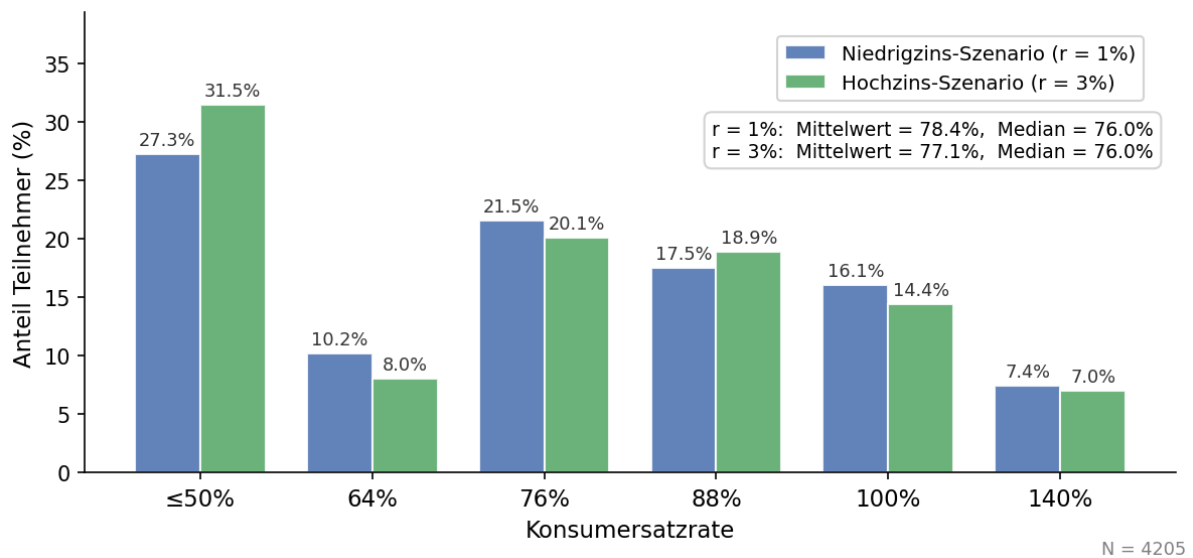
Etwas mehr als die Hälfte der Befragten wohnt zur Miete, wobei die Wohnkosten bei Mieter*innen etwas höher liegen als bei den Personen, die in einer eigenen Immobilie wohnen. In der Stichprobe geben etwa 28 Prozent an über keine weitere Altersvorsorge zu verfügen, jeweils etwas mehr als 50 Prozent geben an eine betriebliche und/oder eine private Altersvorsorge zu besitzen.

4.2 Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt die Verteilung der gewünschten Zielersatzraten bei unterschiedlichen Verzinsungen ($r=1$ Prozent und $r=3$ Prozent). Im Durchschnitt (Mittelwert) beträgt die gewählte Zielersatzrate fast 80 Prozent (78,4 Prozent bei $r=1$ Prozent und 77,1 Prozent bei $r=3$ Prozent). Der Median liegt in beiden Szenarien mit 76 Prozent etwas niedriger. Die Ergebnisse bestätigen im Grundsatz, dass Haushalte ein relativ hohes Konsumniveau im Alter präferieren, auch wenn sie während der Erwerbsphase dafür auf Konsum verzichten müssen. Damit entsprechen die von uns erhobenen Raten trotz unterschiedlicher Methoden früheren Schätzungen für Deutschland und sind auch im internationalen Kontext vergleichbar (siehe vorherige Abschnitte). Es zeigt sich aber, dass die gewählten Werte deutlich variieren und die Verteilung eine große Bandbreite aufweist. Die größte Gruppe, knapp ein Drittel aller Haushalte, wünscht sich eine Ersatzrate von 50 Prozent oder geringer, die deutlich unter dem Mittelwert liegt. Gleichzeitig gibt es eine etwa gleich große Gruppe, die Ersatzraten von 100 Prozent oder höher wählen. Diese Unterschiede finden sich auch bei Binswanger und Schunk. Insbesondere ist der Anteil von Haushalten mit einer gewünschten Ersatzrate von über 100 Prozent in den USA recht hoch.

Bevor wir im Folgenden genauer untersuchen, wie sich die Ersatzraten nach sozio-ökonomischen Variablen zwischen den Haushalten unterscheiden, vergleichen wir in Abbildung 3 die Ergebnisse zu Ersatzraten, die den trade-off zwischen gegenwärtigem Konsumverzicht und späterem Einkommen im Alter nicht explizit berücksichtigen (vgl. Arbeitnehmerkammer Bremen u. a. 2025). Da die Wahl der Zinsrate keine relevanten Auswirkungen auf die Ergebnisse hat, konzentrieren wir uns in den folgenden Analysen auf das Szenario mit $r=1$ Prozent.

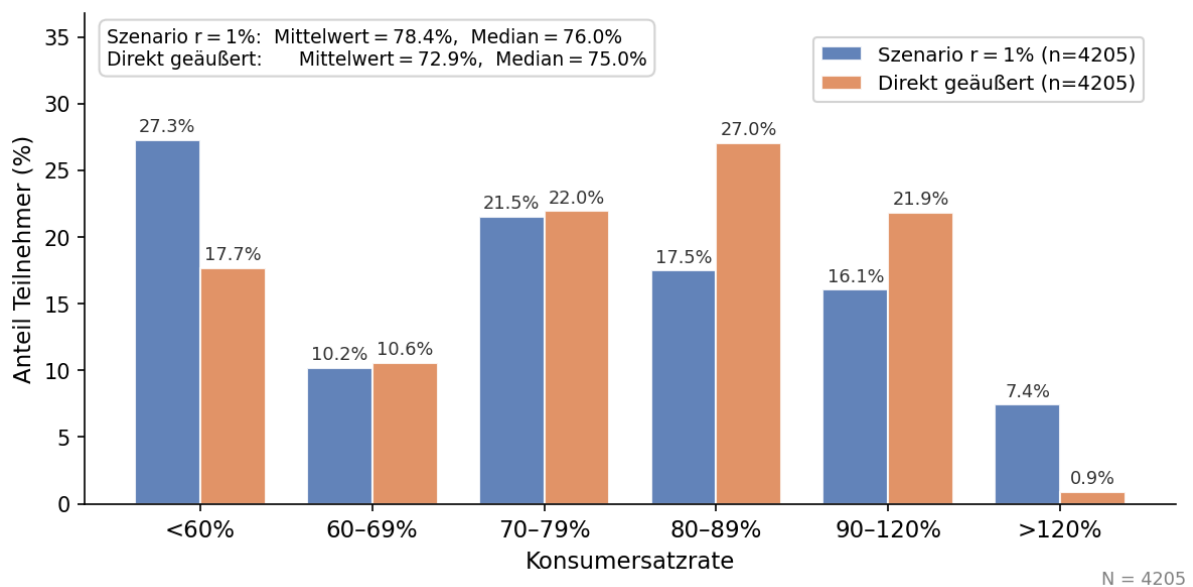
Abbildung 2 Verteilung der Ziellersatzrate



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Ziellersatzrate für unterschiedliche Zinsniveaus.

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis von Bilendi

Abbildung 3 Vergleich gewählter Ziellersatzraten nach unterschiedlicher Befragungsmethode



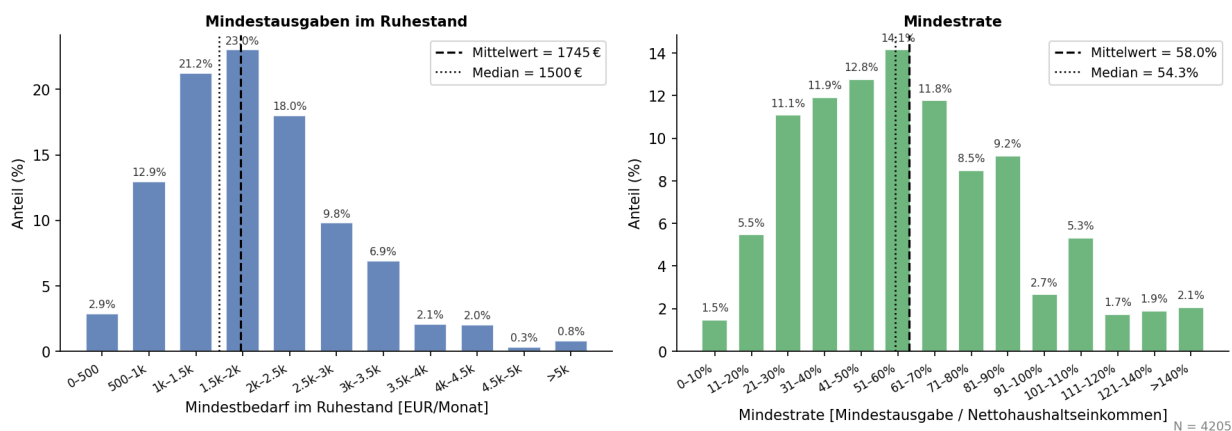
Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die szenario-basierte und die direkt erfragte Ziellersatzrate. Die Kategorien sind so konstruiert, dass sie jeweils einen geraden Wert (z.B. 50, 60, 70) beinhalten, da bei der direkten geäußerten Abfrage diese Werte jeweils Massepunkte sind. Die Werte aus der szenario-basierten Befragung werden entsprechend zugeordnet.

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis von Bilendi

Der Median der direkt geäußerten Zielersatzrate liegt bei 75 Prozent und damit nur einen Prozentpunkt unter dem Median im szenario-basierten Ansatz. Die Mittelwerte unterschieden sich zwischen den beiden Methoden etwas, er liegt in der direkten Frage etwa 5 Prozentpunkte niedriger. Allerdings unterscheidet sich die Verteilung deutlich. Der Anteil derjenigen, die gar nicht sparen, um ihren Ruhestandskonsum aufzubessern (<60 Prozent), liegt in der direkt erfragten Zielersatzrate nur bei knapp 18 Prozent und damit deutlich niedriger als in der Szenario-basierenden Befragung. Gleichzeitig sind die Kategorien ab 80 Prozent deutlich stärker besetzt – mit Ausnahme der Kategorie über 100 Prozent. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass beide Fragen leicht unterschiedlich interpretiert werden. Bei der Szenario-basierenden Befragung gehen höhere Ersatzraten mit niedrigerem verfügbarem Einkommen heute einher, in der direkten Befragung wird das nicht berücksichtigt.

Neben der Zielersatzrate haben wir auch nach dem Mindesteinkommen im Alter gefragt (Abbildung 4). Anders als die Zielersatzrate zielt diese Frage somit auf das als notwendig erachtete Mindesteinkommen im Alter. In absoluten Werten liegt der Mittelwert bei 1 745 Euro und der Median bei 1 500 Euro pro Monat. Im rechten Teil der Abbildung berechnen wir daraus eine Mindestrate berechnet, indem wir den angegebenen Wert durch das gegenwärtige Haushaltseinkommen teilen. Die Mindestrate liegt im Durchschnitt bei 58 Prozent, der Median bei gut 54 Prozent. Der Unterschied zu den Zielersatzraten ist mit etwa 20 Prozentpunkten deutlich und zeigt, dass es einen großen Einkommensbereich gibt, in dem das Einkommen zwar für die lebensnotwendigen Dinge ausreicht, aber weit entfernt vom präferierten Einkommen liegt. Auch beim Mindesteinkommen und der entsprechenden Mindestrate gibt es große Unterschiede in der Bevölkerung. Diese lassen sich unter anderen durch die unterschiedliche sozio-ökonomische Zusammensetzung der Haushalte erklären.

Abbildung 4 **Monatliche Mindestausgaben im Alter (links absolute Beträge, rechts als Einkommensersatzrate)**



Anmerkungen: „Mit welchen monatlichen Mindestausgaben würde Ihr Haushalt voraussichtlich während Ihrer Rente auskommen?“ Gezeigt werden absolute Werte des Mindesteinkommens und die Mindestrate, die aus dem Verhältnis der Mindestausgabe und dem Haushaltseinkommen ergibt.

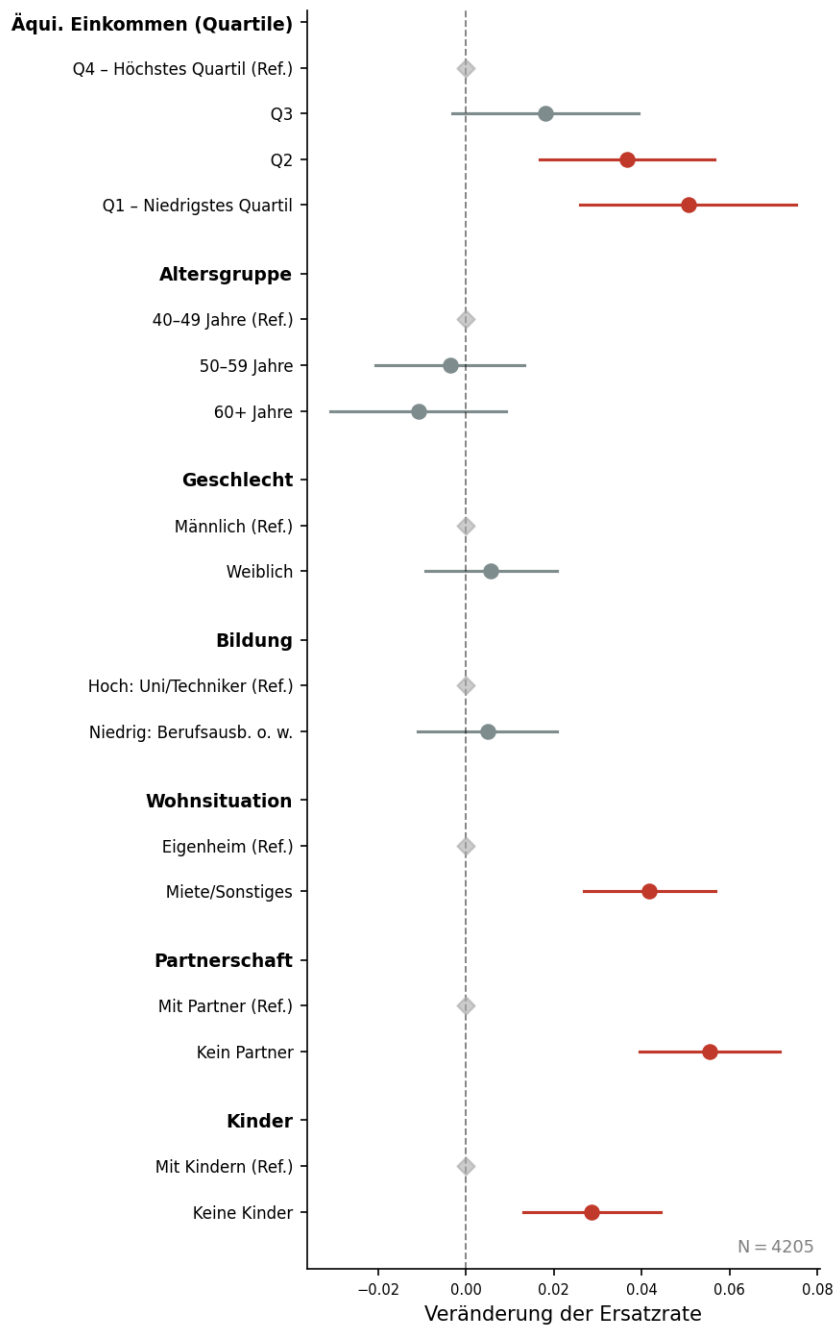
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bilendi

Unterschiede zwischen Haushalten

Im Folgenden betrachten wir die Ergebnisse differenziert nach unterschiedlichen Merkmalen der Befragten. In Abbildung 5 betrachten wir den Zusammenhang (Korrelation) der Zielersatzrate mit einzelnen relevanten Variablen. Es zeigt sich, dass Einkommensgruppen in den unteren beiden Quartilen eine höhere Zielersatzrate präferieren. Der Unterschied zur höchsten Einkommenskategorie liegt in der untersten Einkommensgruppe immerhin bei etwa fünf Punkten, in der zweitniedrigsten Kategorie noch bei gut zwei Punkten. Keine Unterschiede zeigen sich hinsichtlich von Alter, Bildung und Geschlecht. Ebenfalls eine höhere Ersatzrate wird von Mieter*innen, Alleinlebenden und von Menschen, die keine Kinder haben, angestrebt. Auch hier liegen die Unterschiede zur jeweiligen Vergleichsgruppe bei zwei bis drei Punkten im Durchschnitt.

Viele der hier gezeigten Korrelationen könnten durch weitere Variablen modelliert werden. So hängt etwa das Vorhandensein einer zusätzlichen Altersvorsorge auch stark mit Einkommen und Bildung zusammen. Deswegen werden die Korrelationen im nächsten Schritt in multivariaten Regressionen unter Kontrolle aller hier gezeigten Variablen geschätzt (Abbildung 6). Dabei zeigt sich, dass die Effekte insgesamt etwas kleiner ausfallen und zum Teil nicht mehr statistisch signifikant sind. Weiterhin deutlich bleibt, dass Haushalte mit geringeren Einkommen, Mieter*innen sowie Alleinlebenden eine höhere Ersatzrate präferieren.

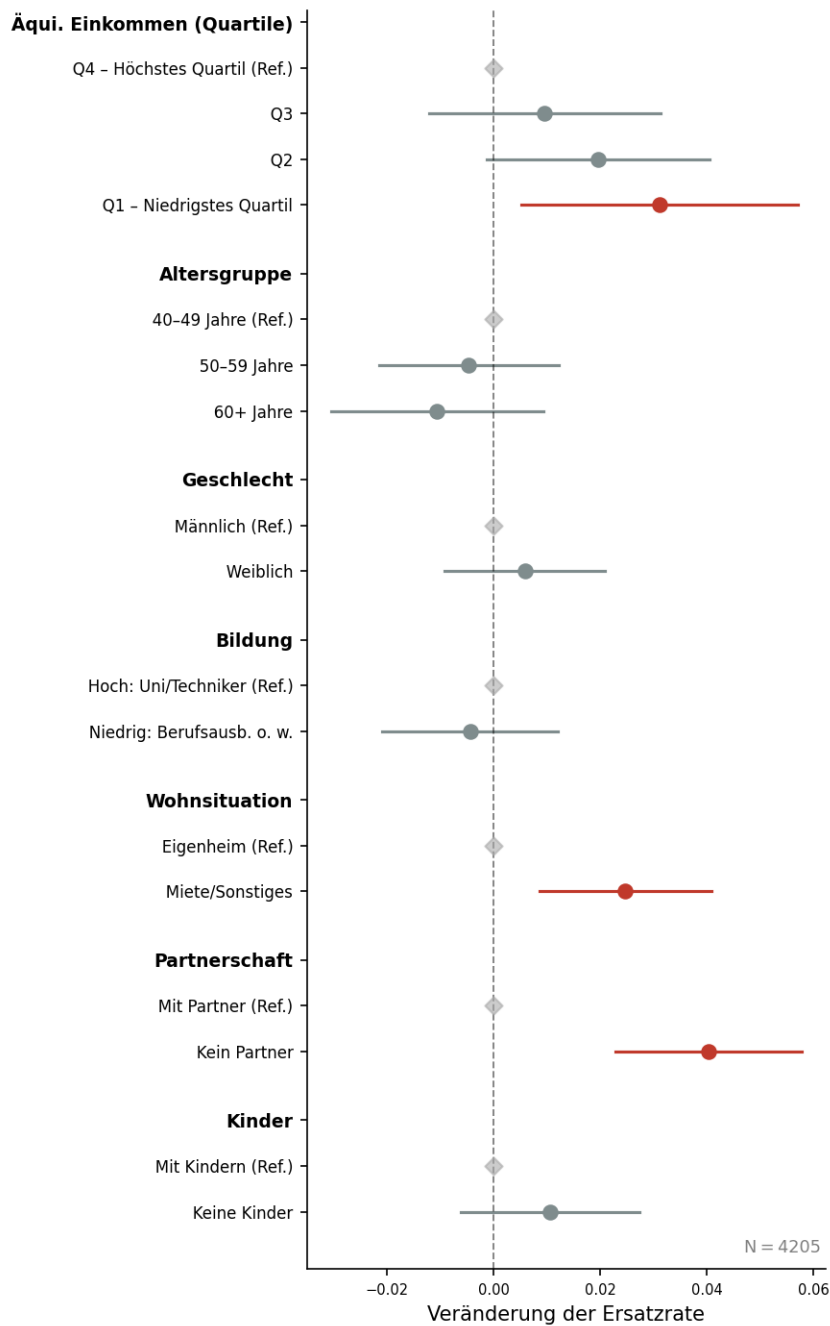
Abbildung 5 Unterschiede in der präferierten Zielersatzrate



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Koeffizienten einer bivariaten Regression von relevanten Variablen auf die Zielersatzrate. Positive Effekte bedeuten, dass Haushalte eine höhere Zielersatzrate haben.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bilendi

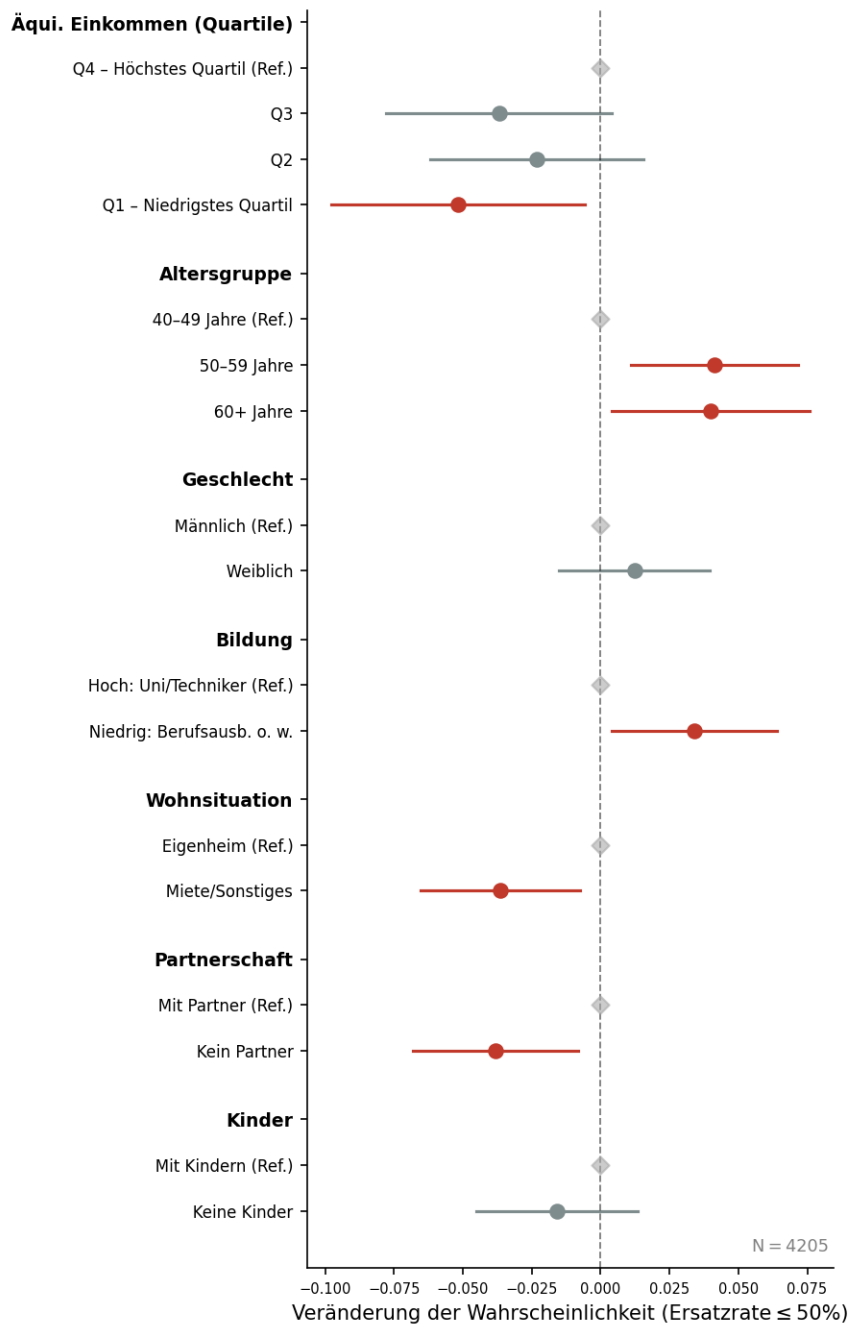
Abbildung 6 **Multivariate Unterschiede in der präferierten Zielersatzrate**



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Koeffizienten einer multivariaten Regression von relevanten Variablen auf die Zielersatzrate unter Kontrolle der anderen Variablen. Positive Effekte bedeuten, dass Haushalte eine höhere Zielersatzrate haben.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bilendi

Abbildung 7 **Determinante einer niedrigen Ersatzrate - Multivariate Analyse**



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Koeffizienten einer multivariaten Regression von relevanten Variablen auf die Zieleratzrate unter Kontrolle der anderen Variablen. Positive Effekte bedeuten, dass Haushalte eine höhere Zieleratzrate haben.

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen auf Basis von Bilendi

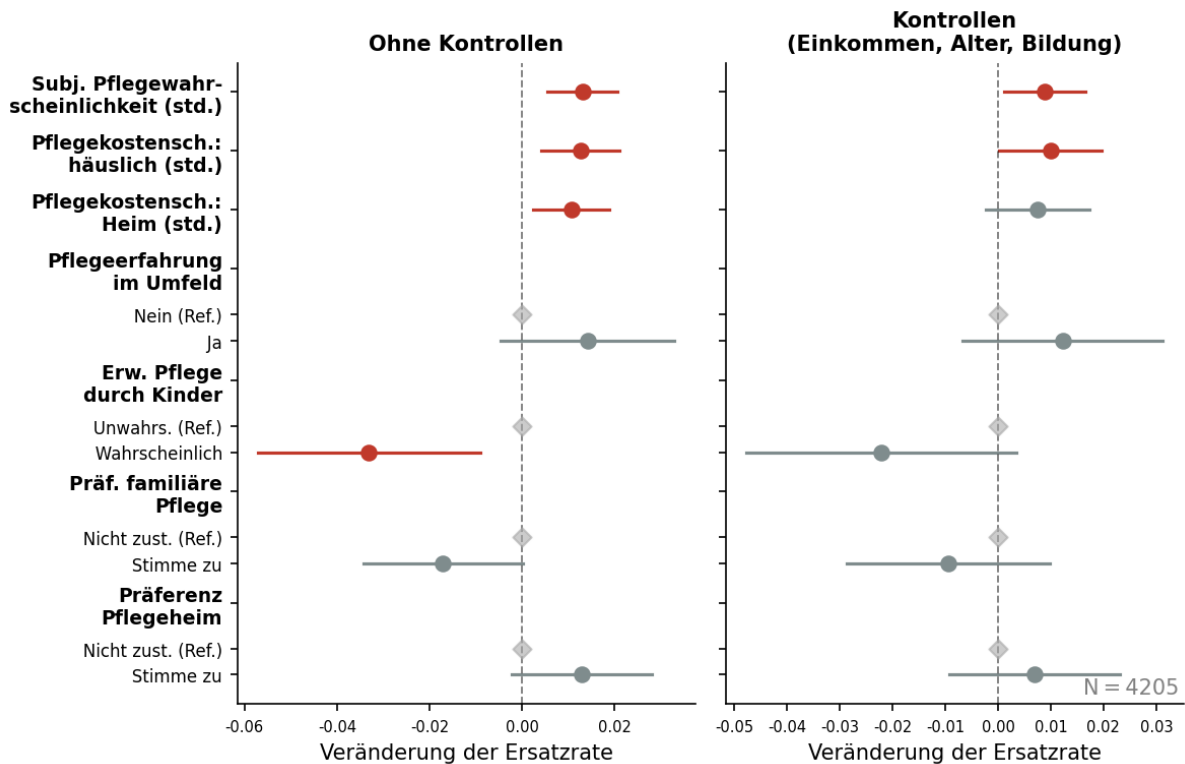
In einem nächsten Schritt analysieren wir ausführlicher, welche Haushalte eine sehr niedrige Ersatzrate gewählt haben. Für diese Analysen werden Personen, die in der Szenarien-basierten Befragung den niedrigsten Wert gewählt haben, mit 1 kodiert, der Rest als Null. Die Korrelation stellen wir in einem multivariaten linearen Wahrscheinlichkeitsmodell unter Kontrolle weiterer Kovariate dar (Abbildung 7). Wie zu erwarten, dreht sich das bisher betrachtete Muster um: Menschen mit niedrigem Einkommen, Mieter*innen, Alleinlebende wählen seltener diese niedrige Ersatzrate. Gleichzeitig fällt auf, dass Ältere häufiger eine geringe Ersatzrate wählen. Der Alterseffekt könnte unter anderem mit besserem Wissen über den Ruhestand verknüpft sein. Rationale Gründe für eine geringe Einkommensersatzrate wären etwa eine niedrigere Lebenserwartung aber auch ein hohes Vermögen – etwa durch Erbschaften. Es zeigt sich auch, dass Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss, häufiger eine geringe Ersatzrate wählen. Da die Regression bereits den Einkommenseffekt herausrechnet, könnte dieser Effekt darauf hindeuten, dass Menschen mit niedriger oder mittlerer Bildung ihr nötiges Konsumniveau im Alter unterschätzen.

Auswirkungen von erwarteten Kosten im Alter

In weiteren Analysen wird untersucht, ob und wie sich die Zielerersatzrate mit erwarteten Kostenrisiken im Alter verändert. Wir konzentrieren uns auf zwei zentrale Faktoren, welche die Kosten verändern: pflegebedingte Kosten und Wohnkosten.

Um die erwarteten Kosten für Pflege zu approximieren, wurden in der Umfrage unterschiedliche Informationen zur Pflege erhoben (die Fragen zur Pflege sind in Abbildung 22 im Anhang zu finden). In Abbildung 8 zeigen wir, wie sich diese auf die Zielerersatzrate auswirken, ohne weitere Kontrollvariablen (linke Abbildung) und mit Kontrollvariablen (rechte Abbildung). Das subjektive Pflegerisiko und die geschätzten Pflegekosten haben einen positiven Effekt auf die Zielerersatzrate. Bei Kontrolle weiterer Variablen ist der Effekt der erwarteten Kosten im Heim nicht mehr signifikant, das erwartete Pflegerisiko und die Kosten der häuslichen Pflege haben aber weiter einen signifikanten Einfluss.

Abbildung 8 Pflegerelevante Merkmale und Zielerersatzrate

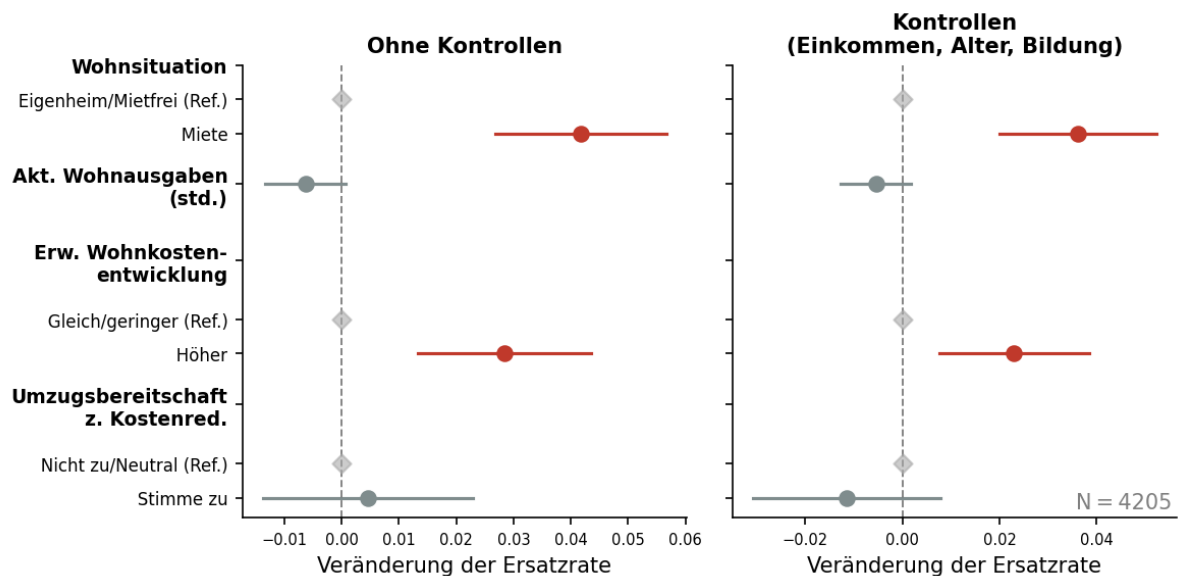


Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Koeffizienten zweier Regressionen der Zielerersatzrate auf pflegebezogen Variablen. Positive Effekte bedeuten, dass Haushalte eine höhere Zielerersatzrate haben.

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen auf Basis von Bilendi

Hinsichtlich der erwarteten Wohnkosten ergibt sich ein ähnliches Bild (Abbildung 9; die Fragen zu Wohnkosten finden sich in Abbildung 17 im Anhang). Menschen, die zur Miete wohnen streben eine höhere Zielerersatzrate an. Das gilt auch für Menschen, die einen deutlichen Anstieg der Wohnkosten in der Zukunft erwarten. Nach Kontrolle für Alter, Bildung und Einkommen (rechte Abbildung) sinken die Punktschätzer leicht, bleiben aber statistisch signifikant. Die Größenordnung der Effekte liegt zwischen 2 und 4 Prozentpunkten.

Abbildung 9 Wohnrelevante Merkmale und Zielerersatzrate



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Koeffizienten zweier Regressionen der Zielerersatzrate auf wohnbezogene Variablen. Positive Effekte bedeuten, dass Haushalte eine höhere Zielerersatzrate haben.

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen auf Basis von Bilendi

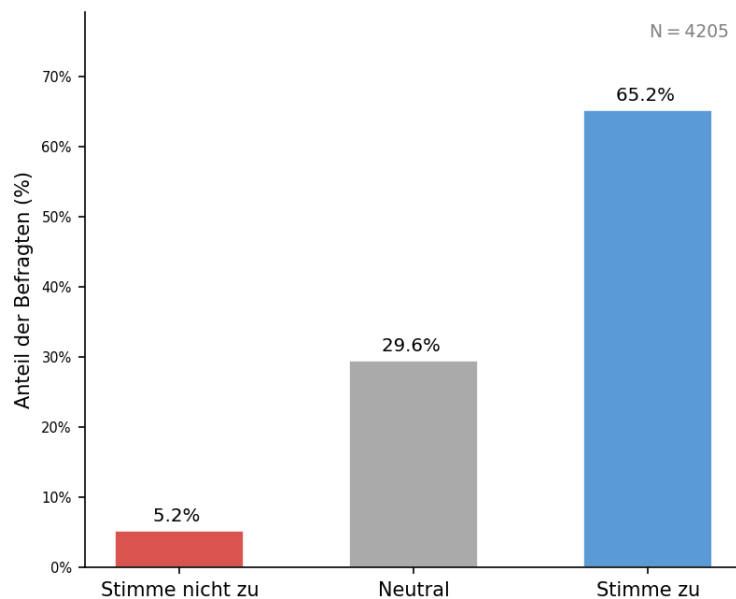
Einstellungen und Erwartungen an die Altersvorsorge

Neben der Erfassung der Zielerersatzrate haben wir zudem nach allgemeinen Einstellungen zur Altersvorsorge gefragt und nach der Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen ihre Zielerersatzrate auch erreichen.

Rund zwei Drittel der Befragten wünschen sich mehr Verantwortung für ihre Altersvorsorge zu übernehmen, nur ein kleiner Teil von 5 Prozent stimmt dem nicht zu, der Rest ist neutral bezüglich der Frage (Abbildung 10). Das ist bemerkenswert und könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Menschen die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Vorsorge als unzureichend betrachten. Das zeigt insofern auch, dass Verbesserungen der Vorsorgestrukturen auch auf eine entsprechend positive Erwartung treffen würden. Einen Bedarf für zusätzliche Vorsorge gibt es und der ist tendenziell groß, wie Abbildung 11 zeigt. Hier haben wir gefragt für wie wahrscheinlich es die Personen halten, dass sie ihr individuelles Ersatzratenziel auch erreichen. Wir stellen die Anteile gleich für unterschiedliche Gruppen dar, da dieses Ziel natürlich auch davon beeinflusst wird, ob und wie bereits für das Alter vorgesorgt wird. Bemerkenswert ist, dass nur eine Minderheit glaubt, ihr Ziel erreichen zu können. Nur etwa ein Drittel der Personen mit privater und betrieblicher Altersvorsorge schätzt die Zielerreichung als „wahrscheinlich“ ein. Nimmt man die Kategorie „neutral“ hinzu sind es trotzdem nur 61 Prozent. Alle anderen Gruppen liegen deutlich

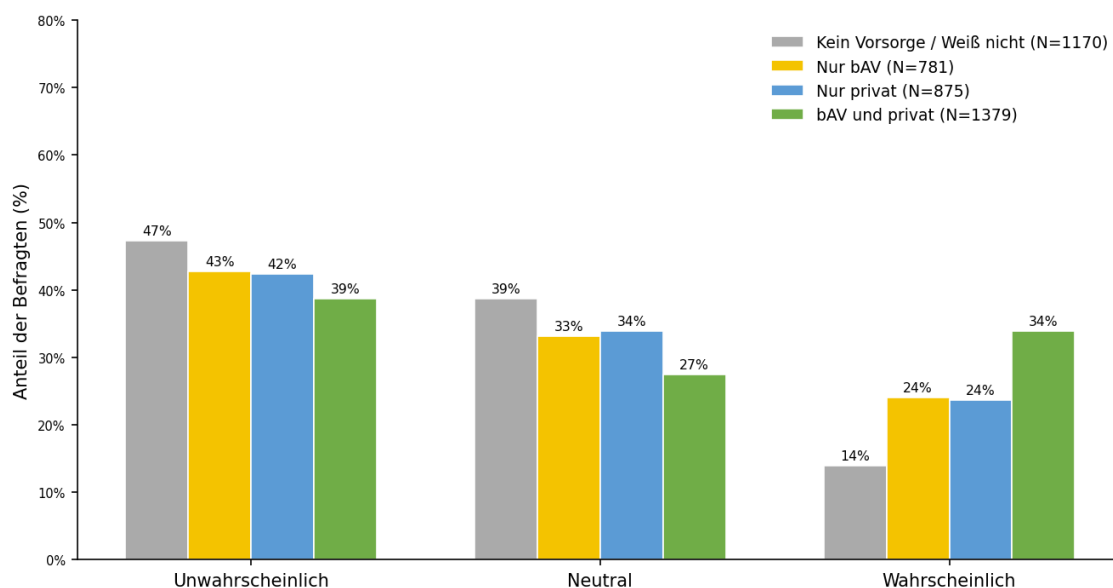
darunter. Dabei gibt es wenig Unterschiede zwischen Personen, die entweder eine private oder eine betriebliche Vorsorge besitzen. Am höchsten ist der Anteil, der die Zielerreichung als „unwahrscheinlich“ einschätzt in der Gruppe ohne zusätzliche Vorsorge. Hier schätzen etwa 50 Prozent, dass sie dies nicht erreichen.

Abbildung 10 Ich möchte mehr Verantwortung für die eigene Altersvorsorge übernehmen?



Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen auf Basis von Bilendi

Abbildung 11 Wie wahrscheinlich wird die individuelle Zieleratzrate erreicht (nach Vorsorgeaktivität)



Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen auf Basis von Bilendi

4.3 Diskussion

Zentrale Befunde zur Ziellersatzrate

Die empirische Erhebung liefert ein robustes Ergebnis: Der Mittelwert der präferierten Ziellersatzrate liegt bei rund 78 Prozent, der Median bei 76 Prozent. Das gilt unabhängig davon, ob ein Realzinsszenario von einem oder drei Prozent zugrunde gelegt wird. Bei der direkt erfragten Ziellersatzrate beträgt der Median ebenfalls 75 Prozent und liegt damit nur einen Prozentpunkt unter dem szenario-basierten Ergebnis. Die Mittelwerte weichen stärker voneinander ab, so liegt die direkt erfragte Rate liegt etwa fünf Prozentpunkte niedriger, was auf Unterschiede in der Wahrnehmung des Zielkonflikts zwischen heutigem Konsum und zukünftigem Einkommen hinweist. Ein zentrales Ergebnis ist die große Heterogenität in der Verteilung der Ersatzraten. Knapp ein Drittel aller Befragten wählt eine Ersatzrate von 50 Prozent oder weniger, also deutlich unterhalb des Mittelwerts. Gleichzeitig präferiert eine ähnlich große Gruppe Werte von 100 Prozent und darüber.

Heterogenität und Erklärungsfaktoren

Die Analyse der sozioökonomischen Determinanten zeigt ein konsistentes Muster: Haushalte mit geringeren Einkommen präferieren höhere Ziellersatzraten. Der Unterschied zwischen der untersten und der höchsten Einkommensgruppe beträgt rund fünf Prozentpunkte. Dieses Ergebnis ist plausibel: Bei niedrigen Einkommen entfällt ein höherer Anteil auf lebensnotwendige Ausgaben, deren Fortführung im Alter entsprechend abgesichert sein muss. Es korrespondiert zudem mit dem internationalen Befund, dass leistungsfähige Systeme wie in Großbritannien, den Niederlanden oder Dänemark explizit degressive Ziellersatzraten vorsehen, die für Geringverdienende höher ausfallen.

Mieterinnen und Mieter, Alleinlebende sowie kinderlose Personen weisen ebenfalls höhere Ziellersatzraten auf. Die Effekte bleiben in multivariaten Regressionen unter Kontrolle anderer Variablen bestehen, wenn auch etwas abgeschwächt. Der Mieteffekt ist inhaltlich nachvollziehbar: Anders als Eigenheimbesitzer*innen, die im Alter typischerweise von mietfreiem Wohnen profitieren, müssen Mieter*innen auch im Ruhestand laufende Wohnkosten tragen und antizipieren dies in ihren Präferenzen. Entsprechend wünschen sich auch Personen mit erwartetem Anstieg der Wohnkosten höhere Ersatzraten.

Im Bereich der Pflegeerwartungen zeigt sich ein erwartungskonformes Bild: Wer ein höheres subjektives Pflegeisiko wahrnimmt oder höhere Kosten für häusliche Pflege erwartet, strebt

eine höhere Zielersatzrate an. Dieser Effekt bleibt auch nach Einbeziehung von Kontrollvariablen statistisch signifikant. Er unterstreicht, dass die Zielgröße für den Ruhestand nicht allein durch das gewünschte Konsumniveau, sondern maßgeblich durch antizipierte Risikosituation geprägt wird: Pflege und Wohnen sind die dominanten Kostentreiber im Alter.

Mindestrate und Versorgungslücke

Neben der Zielersatzrate wurde auch das individuelle Mindesteinkommen im Alter erhoben. Der Mittelwert liegt bei 1.745 Euro, der Median bei 1.500 Euro pro Monat; als Mindestrate ausgedrückt entspricht das rund 58 bzw. 54 Prozent des aktuellen Haushaltsnettoeinkommens. Der Abstand zwischen Mindestrate und Zielersatzrate beträgt damit rund 20 Prozentpunkte. Dieser Befund hat erhebliche politische Relevanz: Er zeigt, dass es einen breiten Einkommensbereich gibt, in dem die Grundversorgung zwar gesichert sein könnte, das präferierte Versorgungsniveau aber deutlich verfehlt wird.

Diese Diskrepanz ist kein Randproblem, sondern trifft eine große Mehrheit der künftigen Rentengeneration. Nur rund ein Drittel der Befragten mit privater und betrieblicher Altersvorsorge hält es für wahrscheinlich, ihre individuelle Zielersatzrate zu erreichen. Unter denjenigen ohne zusätzliche Vorsorge schätzen rund 50 Prozent die Zielerreichung als unwahrscheinlich ein. Die Befragungsergebnisse bilden damit eine gesellschaftlich weit verbreitete Vorsorgeangst ab und legen nahe, dass die bestehende Architektur des Mehrsäulensystems für einen erheblichen Teil der Bevölkerung nicht ausreicht.

5 Fazit und politische Implikationen

Die vorliegende Untersuchung liefert aktuelle, präferenzbasierte Evidenz zu Zielersatzraten auf Basis einer repräsentativen Stichprobe der Erwerbsbevölkerung zwischen 40 und 67 Jahren. Die Kernbotschaft ist klar: Die Bevölkerung wünscht sich im Ruhestand ein Versorgungsniveau von durchschnittlich rund 78 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens, ein Wert, der deutlich über dem liegt, was das bestehende System für viele realistisch erreichbar erscheinen lässt.

Die Befunde treffen auf eine rentenpolitische Debatte, die sich in einem entscheidenden Moment befindet. Mit dem Rentenpaket I (Dezember 2025) wurde das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2031 bei 48 Prozent gesichert. Gleichzeitig hat der Bundestag Ende März 2026 das Altersvorsorgereformgesetz verabschiedet, das mit dem Altersvorsorgedepot ein neues, renditeorientiertes Instrument der privaten Altersvorsorge schafft. Und die Rentenkommission hat im Februar 2026 ihre Arbeit mit dem Auftrag, bis Mitte 2026 Vorschläge für eine neue Kenngröße des Gesamtversorgungsniveaus zu erarbeiten, aufgenommen.

Die empirisch ermittelten Zielersatzraten können als Referenzgröße für die Diskussion der Rentenkommission dienen. Sie zeigen, dass ein Rentenniveau von 48 Prozent, was unter vereinfachenden Annahmen einem Nettorentenniveau von circa 57 Prozent entspricht, aus der gesetzlichen Rentenversicherung allein - selbst unter wohlwollenden Annahmen zur privaten und betrieblichen Ergänzungsvorsorge - weit hinter den gesellschaftlichen Wünschen zurückbleibt. Die im Alterssicherungsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Gesamtversorgungsniveaus von über 70 Prozent für Durchschnittsverdienende sind dagegen als politische Kennzahl ungeeignet, weil sie auf unrealistischen Annahmen zur Vorsorgepraxis beruhen.

Methodisch liefern wir einen Beitrag, weil wir nicht abstrakt nach Prozentsätzen gefragt haben, sondern konkrete Konsumpfade mit explizitem Trade-off zwischen Gegenwarts- und Zukunftskonsum unterstellt haben. Damit werden Präferenzen nicht als einfache Selbstauskünfte, sondern als Ergebnis einer informierten Abwägungsentscheidung erfasst. Gleichzeitig verbinden wir dieses Instrument mit der Frage nach der Zielerreichung, was ebenfalls wertvolle Einsichten liefert.

Für die künftige Gestaltung des Alterssicherungssystems legen die Befunde nahe: Erstens sollte über eine degressive Zielstruktur diskutiert werden - ähnlich dem britischen Modell -, die für Geringverdienende höhere Ersatzraten vorsieht als für Gutverdienende. Zweitens sollte überlegt werden wie Pflege- und Wohnkostenrisiken in die Definition angemessener Versorgungsniveaus einbezogen werden können und sollten. Drittens zeigt die ausgeprägte Bereitschaft der

Befragten, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen (zwei Drittel stimmen zu), dass Reformen der Vorsorgestruktur auf eine positive gesellschaftliche Resonanz treffen können, sofern die Rahmenbedingungen dies tatsächlich ermöglichen. Die anhaltend lückenhafte Verbreitung privater und betrieblicher Vorsorge, knapp 28 Prozent der Befragten verfügen über keine Zusatzvorsorge, bleibt eine zentrale Schwachstelle des Systems.

Literaturverzeichnis

- Andersen, Torben M. 2023. *Pensions and the Nordic welfare model*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4394846.
- Ando, Albert und Franco Modigliani. 1963. „The ‚Life Cycle‘ Hypothesis of Saving: Aggregate Implications and Tests“. *The American Economic Review* 53 (1): 55–84.
- Arbeitsnehmerkammer Bremen, DGB, und Arbeitskammer des Saarlandes. 2025. *Sozialstaats-Radar 2025: Zentrale Ergebnisse*. <https://igbau.de/Binaries/Binary21499/Sozialstaatsradar-2025.pdf#page=1.00&gsr=0>.
- Australian Government. 2020. *Retirement Income Review*. The Treasury. <https://treasury.gov.au/publication/p2020-100554>.
- AWG, Economic Policy Committee-Ageing Working Group. 2023. *2024 Ageing Report Austria - Country Fiche*. Federal Ministry of Finance (BMF) in cooperation with the Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection (BMSGPK) and Statistics Austria (STAT). https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/f2f1044a-26b3-41f3-b654-6ea82364f707_en?filename=2024-ageing-report-country-fiche-Austria.pdf.
- Banks, James, Richard Blundell und Sarah Tanner. 1998. „Is There a Retirement-Savings Puzzle?“ *American Economic Review* 88 (4): 769–88.
- Belz, Benjamin. 2022. *Ersatzraten als Indikatoren der Leistungsfähigkeit von Alterssicherungssystemen*. <https://voado.uni-vechta.de/handle/21.11106/391>.
- Bernheim, B. Douglas, Jonathan Skinner, und Steven Weinberg. 2001. „What Accounts for the Variation in Retirement Wealth among U.S. Households?“ *American Economic Review* 91 (4): 832–57. <https://doi.org/10.1257/aer.91.4.832>.
- Beznoska, Martin und Viktor Steiner. 2012. *Does Consumption Decline at Retirement?: Evidence from Repeated Cross-Section Data for Germany*. Nr. 1220. Discussion Papers of DIW Berlin. DIW Berlin, German Institute for Economic Research. <https://ideas.repec.org/p/diw/di-wppp/dp1220.html>.
- Binswanger, Johannes und Daniel Schunk. 2012. „What is an adequate standard of living during Retirement?“ *Journal of Pension Economics and Finance* 11 (02): 203–22. <https://doi.org/10.1017/S1474747211000618>.
- Blank, Florian und Ingo Schäfer. 2025. *Rentenpolitik: Koalitionsvertrag wörtlich nehmen*. 105 (6): 396–97.
- BMF. 2026. *Statistische Auswertungen von geförderten Riester-Verträgen in der Auszahlungsphase („Riester-Auszahlungsstatistik“)*. Auswertungstichtag 15. Mai 2025 – Leistungsjahr 2024. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerliche_Themengebiete/Altersvorsorge/2026-03-17-riester-auszahlungsstatistik-2024.html.
- Börsch-Supan, Axel, Tabea Bucher-Koenen, Irene Ferrari, Vesile Kutlu-Koc und Johannes Rausch. 2016. *Die Entwicklung der Rentenlücke und das Sparverhalten deutscher Haushalte*. MEA Discussion Papers Nr. 02–2016.
- Brandt, Ulrich und Christoph Freudenberg. 2024. „Österreichs Rentenpolitik: Vom Nachbarn Lernen?“ *Wirtschaftsdienst* 104 (10): 696–702. <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0179>.

- Bundesregierung. 2024. *Alterssicherungsbericht 2024*. Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2024. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Rente/alterssicherungsbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Bundesregierung. 2025. *Rentenversicherungsbericht 2025*. Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 Abs. 1 und 3 SGB VI. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Rente/rentenversicherungsbericht-2025.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- Buslei, Hermann, Johannes Geyer und Peter Haan. 2023. „Vorbild“ Österreich? Welche Unterschiede bestehen in den Rentenleistungen im Vergleich zu Deutschland und wie lassen sie sich erklären? FNA Journal Nr. 1. https://www.fna-rv.de/SharedDocs/Downloads/Publikationen/FNA-Journal/FNA-Journal-2023-01.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- Buslei, Hermann, Johannes Geyer, Peter Haan und Lukas Harder. 2025. „Grundrentenberechtigte häufiger erwerbstätig als andere Rentner* innen“. *DIW Wochenbericht* 92 (41): 647–56.
- CDU, CSU und SPD. 2025. *Verantwortung für Deutschland*. Koalitionsvertrag. https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.
- Chen, Daniel L., Martin Schonger und Chris Wickens. 2016. „oTree—An open-source platform for laboratory, online, and field experiments“. *Journal of Behavioral and Experimental Finance* 9 (März): 88–97. <https://doi.org/10.1016/j.jbef.2015.12.001>.
- Crawford, Rowena und Cormac O’Dea. 2012. *The Adequacy of Wealth among Those Approaching Retirement*. Research Report Nr. R72. IFS Report. <https://doi.org/10.1920/re.ifs.2012.0072>.
- De Nederlandsche Bank N.V. 2024. *Retirement savings adequacy in the Netherlands: towards a more comprehensive view on retirement income of the Dutch population*. <https://www.dnb.nl/media/rqvdk4i/dnb-analysis-retirement-savings-adequacy-in-the-netherlands.pdf>.
- Dudel, Christian, Notburga Ott und Martin Werding. 2016. „Maintaining One’s Living Standard at Old Age: What Does That Mean?“ *Empirical Economics* 51 (3): 1261–79. <https://doi.org/10.1007/s00181-015-1042-8>.
- Dudel, Christian und Julian Schmied. 2023. „Pension Benchmarks: Empirical Estimation and Results for the United States and Germany“. *Fiscal Studies* 44 (2): 171–88. <https://doi.org/10.1111/1475-5890.12338>.
- Dudel, Christian, Julian Schmied und Martin Werding. 2020. *Sicherungsziele für die Rente: empirische Messung und Ergebnisse*. 2020 (3): 185–93.
- DWP, Department of Work and Pensions. 2025. *Analysis of Future Pension Incomes 2025*. Official Statistics. <https://www.gov.uk/government/statistics/analysis-of-future-pension-incomes-2025/analysis-of-future-pension-incomes-2025#about-these-statistics>.
- Fachinger, Uwe und Harald Künemund. 2009. „Die Auswirkungen alternativer Berechnungsmethoden auf die Höhe der Lohnersatzquote“. *Deutsche Rentenversicherung* 64 (5): 414–31.
- Fachinger, Uwe und Harald Künemund. 2014. „Stabilität des Versorgungsniveaus nach dem Paradigmenwechsel“. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 83 (2): 33–47. <https://doi.org/10.3790/vjh.83.2.33>.

- Geyer, Johannes. 2012. „Riester-Rente und Niedrigeinkommen: was sagen die Daten?“ *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 81 (2): 165–80. <https://doi.org/10.3790/vjh.81.2.165>.
- Geyer, Johannes, Lars Felder und Peter Haan. 2022. *Hintergrund und Erfahrungen von kapitalgedeckten Alterssicherungssystemen mit automatischer Einschreibung und Abwahlmöglichkeit („Opt-out“) am Beispiel von NEST*. DIW Berlin: Politikberatung kompakt. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/283258/1/1880732556.pdf>.
- Geyer, Johannes, Markus M. Grabka und Haan Peter. 2021. „20 Jahre Riester-Rente – Private Altersvorsorge braucht einen Neustart“. *DIW Wochenbericht* 88 (40): 668–73. DIW Berlin: 20 Jahre Riester-Rente – Private Altersvorsorge braucht einen Neustart.
- Geyer, Johannes und Peter Haan. 2024. *Bilanz der Grundrente: Weniger Menschen als erwartet profitieren davon*. Nr. 91. DIW aktuell. https://www.diw.de/de/diw_01.c.889901.de/publikationen/diw_aktuell/2024_0091/bilanz_der_grundrente__weniger_menschen_als_erwartet_profitieren_davon.html.
- Geyer, Johannes, Peter Haan und Michelle Harnisch. 2020. *Zur Wirkung der Grundrente und der Mütterrente auf die Altersarmut*. Arbeitspapier Nr. 7. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_07_2020.pdf.
- Jäger, Manfred. 2007. „Rentenlücken in Deutschland“. *IW-Trends–Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 34 (4): 65–76.
- Kluth, Sebastian und Martin Gasche. 2016. „Ersatzraten in der Gesetzlichen Rentenversicherung / Replacement Rates in the German Statutory Pension System“. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 235 (6): 553–83. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2015-0604>.
- Lührmann, Melanie. 2010. „Consumer Expenditures and Home Production at Retirement - New Evidence from Germany“. *German Economic Review* 11 (2): 225–45. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0475.2009.00466.x>.
- Modigliani, Franco und Richard Brumberg. 1954. „Utility analysis and the consumption function: an interpretation of cross-section data“. In *Post Keynesian Economics*, herausgegeben von Kenneth K. Kurihara. Rutgers University Press.
- OECD. 2025. *Pensions at a Glance 2025*. OECD. <https://doi.org/https://doi.org/10.1787/e40274c1-en>.
- Pensions Commission. 2004. *Pensions: Challenges and Choices*. The Stationery Office.
- Riedmann, Arnold, Frauke Bilger und Sarah Schmidt. 2025. *Verbreitung der Altersvorsorge 2023 AV 2023, Endbericht, BMAS Forschungsbericht 653*. bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-653-verbreitung-der-altersvorsorge-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=4#page=65.08
- Schäfer, Ingo. 2015. *Die Illusion von der Lebensstandardsicherung - Eine Analyse der Leistungsfähigkeit des ›Drei-Säulen-Modells‹*. Schriftenreihe der Arbeitnehmerkammer Bremen Nr. 1. Arbeitnehmerkammer Bremen. https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Dokumente/2015_ANK_Drei_Saeulen_Modell.pdf.
- Schmähl, Winfried. 2010. „Die wachsende Bedeutung der Dynamisierung von Alterseinkünften für die Lebenslage im Alter“. *Wirtschaftsdienst* 90 (4): 248–54. <https://doi.org/10.1007/s10273-010-1064-y>.

- Schmied, Julian. 2023. „The replacement rate that maintains income satisfaction through retirement: The question of income-dependence“. *The Journal of the Economics of Ageing* 26 (Oktober): 100471. <https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2023.100471>.
- Sozialbeirat. 2020. *Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2020 und zum Alterssicherungsbericht 2020*. https://sozialbeirat.de/media/2020-11-24_gutachten_2020.pdf.
- Toussaint, Philipp. 2023. „Eine Analyse Zukünftiger Alterseinkommen Im Lichte Des Dreischichten-Modells: Zum Status Quo Der Altersvorsorge Heutiger Generationen“. *Zeitschrift Für Sozialreform* 69 (3): 219–40. <https://doi.org/10.1515/zsr-2022-0110>.
- Union Investment. 2021. *Union Investment Vorsorgeatlas Deutschland 2017*.
- Velarde, Melanie und Roland Herrmann. 2014. „How retirement changes consumption and household production of food: lessons from German time-use data“. *The Journal of the Economics of Ageing* 3: 1–10.
- Werding, Martin und Benjamin Läßle. 2018. *Renteneintrittsalter und Rentenlücke: Auswirkungen auf eine lebensstandardsichernde Altersvorsorge*. Bochum. <https://www.fidelity.de/professionelle-anleger/betriebliche-vorsorge/bav-im-ueberblick/vorsorge-im-wandel/>.

Anhang

Tabelle 3 Zielsatzraten im britischen Rentensystem

Durchschnittliches Bruttoeinkommen zwischen dem Alter 50 und Regelaltersgrenze	Pensions Commission (2004)	2023	Zielsatzrate	Nach Berücksichtigung der Wohnkosten	Zielsatzrate nach Berücksichtigung der Wohnkosten
Gruppe 1	Unter £9.500	Unter £15.900	80%	Unter £13.500	84%
Gruppe 2	£9.500-£17.500	£15.900-£29.000	70%	£13.501-£26.000	75%
Gruppe 3	£17.500-£25.000	£29.001-£42.000	67%	£26.001-£38.000	71%
Gruppe 4	£25.000-£40.000	£42.001-£67.000	60%	£38.001-£62.000	63%
Gruppe 5	Über £40.000	Über £67.000	50%	>£62.000	53%

Anmerkungen: Der Umrechnungskurs zum Euro war im Dezember 2023 bei 0,86168 GBP.
Quelle: DWP 2025

Survey

Die folgenden Abbildungen führen durch die durchgeführte Befragung anhand von Screenshots der jeweiligen Fragen.

Abbildung 12 Zustimmungsabfrage

Willkommen

Sie sind eingeladen, an einer Forschungsstudie zum Thema Altersvorsorge teilzunehmen.

Wenn Sie sich entscheiden, an der Studie teilzunehmen, bitten wir Sie, die folgenden Anweisungen sorgfältig zu lesen.

Datenschutzinformationen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Anton-Wilhelm-Amo-Str. 58, 10117 Berlin, und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, führen derzeit eine wissenschaftliche Studie durch.

Ihre Antworten werden auf unserem Server gespeichert. Die in der Studie generierten Daten werden nach der Zahlung getrennt und erlauben keinen Rückschluss auf die Teilnahme bzw. die Antworten einzelner Personen. Entsprechend werden die Analyse und Präsentation aller Ergebnisse dieses Experiments anonymisiert. Die anonymen Forschungsdaten werden archiviert und möglicherweise anderen Wissenschaftlern für die weitere Nutzung zur Verfügung gestellt. Fragen zum Thema Datenschutz können Sie gern an die Adresse datenschutz@wzb.eu richten.

Die Teilnahme an der heutigen Studie ist vollkommen freiwillig. Sie haben die Möglichkeit, die Studie jederzeit zu verlassen.

Wenden Sie sich mit inhaltlichen Fragen zum Projekt gerne an den Projektmitarbeiter: Renke Schmacker, renke.schmacker@wzb.eu

Mit Ihrer Zustimmung bestätigen Sie, dass Sie die obigen Informationen gelesen haben und damit einverstanden sind.

Ich stimme zu

Abbildung 13 Screening-Seite Unausgefüllt

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen, um festzustellen, ob Sie für die Teilnahme an der Studie in Frage kommen.

In welchem Jahr wurden Sie geboren?

Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

- Weiblich Männlich Divers

Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?

- Hochschulabschluss (z.B. Bachelor / Master / Diplom)
 Meister / Techniker / Fachschule
 Berufsausbildung (Lehre)
 Nur Schulabschluss
 Kein Schulabschluss

Was ist Ihr aktueller Beschäftigungsstatus?

- angestellt
 verbeamtet
 selbständig
 nicht erwerbstätig
 Rentner*in/Pensionär*in

Sind Sie momentan verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft?

- Ja
 Nein

Erzielen Sie derzeit Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung (z. B. durch die Vermietung von Wohnungen)?

- Ja
 Nein

Weiter

Hinweis: Die Screening-Seite hat eine eingebaute Logik. Durch das Angeben einiger Optionen werden neue Felder angezeigt. So wird das Nettoarbeitseinkommen nur ermittelt, wenn ausgewählt wurde, dass man angestellt, verbeamtet oder selbständig ist. Nach dem Nettohaushaltseinkommen wird gefragt, wenn ausgewählt wurde, dass man nicht erwerbstätig ist oder in einer Partnerschaft lebt bzw. Verheiratet ist. Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung werden abgefragt, wenn eine Person Ja in dem entsprechenden Feld auswählt. In der nächsten Abbildung sehen Sie ein Beispiel in dem Alle Felder Ausgefüllt werden.

Abbildung 14 Ausgefüllte Screening-Seite

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen, um festzustellen, ob Sie für die Teilnahme an der Studie in Frage kommen.

In welchem Jahr wurden Sie geboren?

1970

Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

Weiblich Männlich Divers

Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?

- Hochschulabschluss (z.B. Bachelor / Master / Diplom)
 Meister / Techniker / Fachschule
 Berufsausbildung (Lehre)
 Nur Schulabschluss
 Kein Schulabschluss

Was ist Ihr aktueller Beschäftigungsstatus?

- angestellt
 verbeamtet
 selbständig
 nicht erwerbstätig
 Rentner*in/Pensionär*in

Wie hoch ist Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit?

Bitte geben Sie den monatlichen **Nettobetrag** an, also nach dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Falls Ihnen der genaue Betrag nicht bekannt ist, schätzen Sie bitte.

3000 Euro bis unter 3250 Euro ▾

Sind Sie momentan verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft?

- Ja
 Nein

Wenn Sie nun Ihr persönliches Nettoeinkommen und das Ihres Partners/Ihrer Partnerin zusammennehmen: Wie hoch ist Ihr monatliches gemeinsames Nettoeinkommen aktuell?

4000 Euro bis unter 4500 Euro ▾

Hinweis: Bitte rechnen Sie alle regelmäßigen Einnahmen von sich selbst und ggf. die Ihres Partners bzw. Ihrer Partnerin zusammen: Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, Rente, Arbeitslosengeld (ALG I oder II), Bürgergeld, Wohngeld, Kindergeld und sonstige staatliche Leistungen. Gemeint ist der Gesamtbetrag nach Steuern und Abzügen. Falls Ihnen der genaue Betrag nicht bekannt ist, schätzen Sie bitte.

Erzielen Sie derzeit Einkommen aus Vermietung oder Verpachtung (z. B. durch die Vermietung von Wohnungen)?

- Ja
 Nein

Falls ja: Wie hoch sind Ihre monatlichen Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung (netto)?

500

Weiter

Abbildung 15 Generelle Frage

Generelle Fragen

Ist Ihre Partnerin/Ihr Partner bereits in Rente?

- Ja
 Nein

Ist Ihre Partnerin/Ihr Partner derzeit erwerbstätig?

- Ja
 Nein

Wie viele Kinder haben Sie?

Wie viel haben Sie bisher über Ihren Ruhestand nachgedacht?

- Nie Selten Manchmal Oft Sehr oft

Weiter

Powered by [oTree](#)

Anmerkung: Wenn angegeben wurde, dass die Teilnehmenden kein*e Partner*in hatten wurden die ersten beiden Fragen nicht angezeigt.

Abbildung 16 Hinweis Seite

Hinweis

In dieser Befragung geht es um Ihre voraussichtlichen Ausgaben im Ruhestand. Bitte gehen Sie zur Vereinfachung davon aus, dass die Preise für alle Güter und Dienstleistungen in der Zukunft so wie heute sind. Nehmen Sie also an, dass es **keine** Inflation gibt.

Bitte berücksichtigen Sie alle Einnahmen und Ausgaben auf **Haushaltsebene** (also für Sie und ggf. Ihre Partnerin/Ihren Partner gemeinsam).

Weiter

Powered by [oTree](#)

Abbildung 17 **Wohnkosten Abfrage**

Wohnkosten

Wie wohnen Sie derzeit?

Wie hoch sind die derzeitigen Ausgaben Ihres Haushalts für das Wohnen pro Monat?

Bitte geben Sie Ihre gesamten Wohnkosten an, einschließlich Nebenkosten, Reparaturen, Versicherungen usw. Berücksichtigen Sie jedoch keine Tilgungen für Immobilienkredite und Hypotheken.

Bitte denken Sie nun an die **ersten zehn Jahre** Ihres Ruhestandes. Zur Erinnerung: Gehen Sie davon aus, dass die sonstigen Preise in der Zukunft gleich bleiben.

Wie erwarten Sie, dass sich Ihre Wohnkosten entwickeln? Werden Sie niedriger, ungefähr gleich oder höher sein?

- Niedriger
- Ungefähr gleich
- Höher
- Ich weiß es nicht

Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Wenn ich und ggf. meine Partnerin/mein Partner in Rente gehen, würden wir in eine andere Wohnung oder ein anderes Haus ziehen, um unsere Wohnkosten zu senken.

- Stimme nicht zu
- Weder noch/Neutral
- Stimme zu

Für diese Befragung ist es wichtig, dass Sie die Fragen aufmerksam lesen. Um zu zeigen, dass Sie aufmerksam sind, geben Sie bitte die Zahl 29 ein.

Weiter

Abbildung 18 Abfrage der Mindestausgaben im Ruhestand

Mindestausgaben im Ruhestand

Diese Frage bezieht sich auf die Mindestausgaben, die Ihr Haushalt (Sie und ggf. Ihre Partnerin/Ihr Partner) im *Ruhestand* benötigen. Denken Sie an all Ihre Ausgaben, wie z. B. Miete, Lebensmittel, Gesundheit, Kleidung, Versicherungen, Mobilität, Reisen usw.

Hinweis: Denken Sie daran, dass die Preise in der Zukunft so wie heute sind und Ihre Angabe sich auf den **gesamten Haushalt** bezieht.

Mit welchen monatlichen Mindestausgaben würde Ihr Haushalt voraussichtlich während Ihrer Rente auskommen?

Weiter

Abbildung 19 Ausgaben heute und im Ruhestand

Ausgaben heute und im Ruhestand

Im Folgenden zeigen wir Ihnen vier Optionen, wie Sie Ihr Geld über die Lebenszeit ausgeben könnten. Jede Option zeigt, wie Ihre Ausgaben vor dem Renteneintritt und während des Ruhestands aussehen könnten.

Hinweis: Die Beträge sind in Euro pro Monat angegeben und basieren auf Ihren vorherigen Angaben zum derzeitigen Einkommen.

Bitte beachten Sie **alle** Ihre Ausgaben, z. B. Miete, Lebensmittel, Gesundheit, Kleidung, Versicherungen, Mobilität usw. Sie müssen nicht zusätzlich an Steuern denken. Bitte gehen Sie davon aus, dass die Preise in Zukunft gleich bleiben.

Welche Kombination aus Ihren derzeitigen monatlichen Ausgaben und Ihren erwarteten monatlichen Ausgaben im Ruhestand würden Sie bevorzugen?

Option	Monatliche Ausgaben während Ihrer Erwerbsphase	Monatliche Ausgaben während Ihrer Rentenphase
1	2830 Euro	1810 Euro
2	2690 Euro	2040 Euro
3	2570 Euro	2260 Euro
4	2460 Euro	2460 Euro

Welche dieser Optionen bevorzugen Sie?

Weiter

Powered by [oTree](#)

Anmerkung: Auf dieser Seite wurde Ersatzrate über unterschiedliche Szenarien abgefragt. Die Abfrage der Ersatzrate erfolgte sowohl für das niedrig-zins Szenario so wie das hoch-zins Szenario. Die Abfrage sahen gleich aus für beide Szenarien nur die Werte in den Tabellen unterschieden sich. die Abfrage betrifft das niedrig Zins Szenario abgefragt hier im Beispiel für einen Haushalt, welcher ein Nettoeinkommen von 3000 Euro im Monat hat. Das hoch Zins Szenario hat nur andere Zahlenwerte.

Abbildung 20 Nachfrage für Randfälle

Ausgaben heute und im Ruhestand

Wenn Sie die Wahl zwischen dieser Option und einer weiteren neuen Option hätten, welche würden Sie wählen?

Option	Monatliche Ausgaben während Ihrer Erwerbsphase	Monatliche Ausgaben während Ihrer Rentenphase
1 (Neue Option)	3000 Euro	1500 Euro
2 (Ihre vorherige Wahl)	2830 Euro	1810 Euro

Welche dieser Optionen bevorzugen Sie?

Weiter

Anmerkung: Die Seite wird angezeigt, falls die Option 1 oder 4 in auf der vorherigen Seite gewählt wurde, konnte noch einmal zwischen zwei Optionen wählen wobei eine neu war. Die neue Option hat entweder niedriger oder höhere Ausgaben in der Renten Phase, also eine niedrigere bzw. höhere Ersatzrate. Falls auf der vorherigen Seite die erste Option gewählt wurde, hat die neue Option noch eine niedrige Ersatzrate von 50 Prozent und falls die letzte Option gewählt wurde, hat die neue Option eine höhere Ersatzrate von 140 Prozent.

Abbildung 21 Fragen welche Faktoren berücksichtigt wurden

Im Zusammenhang mit den vorherigen Fragen zu Ihren Ausgaben während der Erwerbs- und der Rentenphase: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Ich habe bei meiner Entscheidung über die Ausgaben im Ruhestand zukünftige Wohnkosten berücksichtigt.

- Stimme nicht zu
- Weder noch/Neutral
- Stimme zu

Ich habe bei meiner Entscheidung über die Ausgaben im Ruhestand mögliche zukünftige Pflegekosten berücksichtigt.

- Stimme nicht zu
- Weder noch/Neutral
- Stimme zu

Welche weiteren Ausgaben haben Sie bei Ihrer Entscheidung über das Konsumniveau während des Ruhestands berücksichtigt?

Selbst wenn ich lange Zeit über die vorherigen Fragen nachgedacht hätte, wüsste ich nicht, wie ich sie beantworten sollte.

- Stimme nicht zu
- Weder noch/Neutral
- Stimme zu

Weiter

Abbildung 22 Fragen zur Pflege im Alter

Pflege im Alter

Wie hoch schätzen Sie persönlich die Wahrscheinlichkeit ein, dass Sie bis zum 85. Lebensjahr pflegebedürftig werden?
(Angabe in %)

Hinweis: Die folgenden Fragen beziehen sich auf Kosten die selbst zu zahlen sind und nicht von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Wie hoch schätzen Sie die durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten für eine pflegebedürftige 85-jährige Person ein, die zu Hause lebt (nicht im Pflegeheim)? (Angabe in Euro pro Monat)

Wie hoch schätzen Sie die durchschnittlichen monatlichen Mehrkosten für eine pflegebedürftige 85-jährige Person ein, die in einem Pflegeheim lebt? (Angabe in Euro pro Monat)

Ist jemand aus ihrem näheren Umfeld derzeit pflegebedürftig?

- Ja
 Nein

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie im Fall einer Pflegebedürftigkeit von Ihren Kindern gepflegt werden könnten?

- Unwahrscheinlich
 Weder noch/Neutral
 Wahrscheinlich

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Falls ich pflegebedürftig werde würde ich gerne so lange wie möglich von Angehörigen (z.B. meinen Kindern) gepflegt werden.

- Stimme nicht zu
 Weder noch/Neutral
 Stimme zu

Falls ich pflegebedürftig würde ich gerne überwiegend von einer professionellen Pflegekräften gepflegt werden.

- Stimme nicht zu
 Weder noch/Neutral
 Stimme zu

Weiter

Abbildung 23 Fragen zur Altersvorsorge

Altersvorsorge

Haben Sie eine betriebliche Altersvorsorge (z. B. durch Ihren Arbeitgeber finanzierte oder mitfinanzierte Zusatzrente, Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds)?

- Ja
- Nein
- Ich weiß es nicht

Sparen oder investieren Sie aktuell privat für Ihre Altersvorsorge außerhalb der gesetzlichen und betrieblichen Rente (z. B. über Riester- oder Rürup-Verträge, private Rentenversicherungen, ETF-Sparpläne, Fonds, Immobilien oder andere Anlagen)?

- Ja
- Nein
- Ich weiß es nicht

Haben Sie eine Pflegezusatzversicherung?

- Ja
- Nein

Wie viel Prozent von Ihrem Haushalts-Nettoeinkommen vor Renteneintritt möchten Sie im Ruhestand zur Verfügung haben? (Angabe in %)

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie dieses Ruhestandseinkommen erreichen?

- Unwahrscheinlich
- Weder noch/Neutral
- Wahrscheinlich

Ich würde gerne Verantwortung für meine Versorgung im Rentenalter übernehmen. Zum Beispiel würde ich gerne selbst entscheiden, wie viel ich spare und wie ich diese Ersparnisse investiere.

- Stimme nicht zu
- Weder noch/Neutral
- Stimme zu

Weiter

Hinweis: Auch diese Seite hat eine Eingebaute Logik bei der ggf. nach der Höhe der privaten bzw. betrieblichen Vorsorge gefragt wird.

Abbildung 24 Seite für offenes Feedback



Haben Sie Kommentare oder Anmerkungen zu dieser Befragung? Falls nicht, lassen Sie das Feld bitte einfach leer.

Weiter